Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 16 | Dienstag, 20. Januar 1925 | 32. Jahrgang

Luther auf Gummisohlen!

Die republikanische Maske wird noch gebraucht.

Plumper Gimpelfang.

Berlin, 19. Januar.

Endlich also ist die Reichsregierung Luther komplett, nachdem der neue Reichskanzler sozusagen auf dem Wege zur Reichstagssitzung irgend einen Ministerialbeamten aus dem Verkehrsministerium zum Verlegenheitsminister ernannt und an der Sitzungstür den Ministerialdirektor Freiherrn v. Schlieben als Reichsfinanzminister mitgenommen hat, damit auch dieser Regierungssessel nicht unbesetzt blieb. Der Johanniter von Schlieben, der zusammen mit dem Prinzen Eitel Friedrich die Ritterschläge und sonstigen Kostümfeste dieser königlich-preußischen Ordensgemeinschaft mitzumachen pflegt, hat diesem Reichskabinett gerade noch gefehlt. Seine Ernennung werden insbesondere die Reichsbeamten, die Reichsangestellten und die Reichsarbeiter zu würdigen wissen, denn mit ihm legen sie seit Jahren im Kriegszustande. Er ist der **Hauptvertreter des Besoldungsgrundsatzes: „Oben viel, in der Mitte wenig und unten nichts.“** Er rühmt sich zusammen mit Luther der **brutalen Abbaumaßnahmen. Er ist eine weitere Stütze der Deutschnationalen in der Reichsregierung. Mit Hohngelächter begrüßten ihn die Sozialdemokraten; zu ihm haben wir noch weniger Vertrauen als zu seinem Herrn und Meister.**

Spannung im ganzen Hause. Was wird die Rechtsschwenkung dem Parlament und dem Volke zu sagen haben? Einige Augenblicke geben sich die Kommunisten Mühe, durch großes Geschrei Herrn Luther ein wenig interessant zu machen. Sonst würde die allgemeine Enttäuschung schon nach den ersten Sätzen sich als Langeweile über alle Fraktionen gelegt haben. Luther beginnt mit einer Art Grabgesang auf seinen politisch verblichenen Vorgänger. In fast dichterischen Worten feiert er den Staatsmann und den verehrungswürdigen Menschen. Man fragt sich dabei nur, wie Herr Luther sich in der Nachbarschaft des Herrn Stresemann fühlt, der doch diesen Marx gestürzt hat und warum sich der Marx-Verehrer Luther an den Stößen gegen diesen selben Marx beteiligte, bis er selbst auf dessen Sitz sich niederlassen konnte.

Nun muß doch die große außenpolitische Offenbarung zur nationalen Freiheit kommen, denn jetzt sitzen ja die Deutschnationalen breit und patzig auf den Regierungsbänken. Doch siehe da, es klingt beinahe „marxistisch“ und wenig hört man von militärischen Fanfarentönen: loyale Durchführung des „zweiten Versailles“, des „Sklavenvertrages“, wie Helfferich noch am Tage seines Todes rief; eine freundliche Verbeugung an die Entente, näheres Material über die Entwaffnungsnote beizubringen. Kein Aufbegehren mehr gegen die Kontrollkommission. Eine verlegene Bemerkung, daß man über die Räumung der ersten Zone verhandeln wolle, und sogar ein Bekenntnis zum Völkerbund, soweit es auch von früheren Regierungen abgelegt worden ist. Dann einige lahme Worte zur Kriegsschuldfrage. Sozialdemokraten und Pazifisten hätten sich nicht viel anders ausdrücken können. Alles in allem ein **vollendeter Zusammenbruch deutschnationaler Außenpolitik,** der schlüssige Beweis, daß die Deutschnationalen sechs Jahre lang das Volk ungeheuer belogen haben. Sie vermögen außenpolitisch nichts anderes zu bieten als Ebert und Scheidemann, als Rathenau, Wirth und Erzberger, womit aber keineswegs gesagt sein soll, daß sie nun etwa mit dem Mut und der Konsequenz dieser Männer ihren Worten Taten folgen lassen werden.

Und nun die Innenpolitik: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot!“ Nun muß sie hochgehen, die Kaiserfahne, durch deren Schwenken die Deutschnationalen bei ahnungslosen Gemütern sich die Macht einer starken Reichstagsfraktion erschwindelt haben. Indes kein Wort zur Flaggenfrage. Dafür ein Lippenbekenntnis zur Republik, dessen Bedeutung man von dem Gesicht des Reichswirtschaftsministers und ehemaligen Kappisten Dr. Neuhaus ablesen kann. Luther versteigt sich sogar zu einer waffenklirrenden Drohung gegen diejenigen, die sich mit Gewalt gegen die Republik auflehnen. Diese Formulierung stammt wahrscheinlich von Stresemann, der die proletarischen Hundertschaften in Sachsen mit Kommißstiefeln behandelte und die monarchistischen Rebellen in Bayern mit Papierkügelchen bewarf. Niemand im Hause wird das deutschnationale Bekenntnis zur Republik ernst genommen haben, aber immerhin charakterisiert es die Feigheit dieser Partei. Sie ducken sich unter der republikanischen Verfassung, weil sie einstweilen selber nicht wissen, was sie an ihre Stelle setzen wollen. Immerhin kündigt Luther Revisionen der Verfassung an, ohne sich genau auszudrücken. Nur einige freundliche Versprechungen an die bayrischen Partikularisten hört man heraus.

Was nun folgt, ist wirklich nur mit dem unparlamentarischen Worte „Schmus“ zu bezeichnen. Allen wird etwas versprochen, und niemandem etwas gewährt. „Sozialpolitik“ — aber nur im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Die „Wirtschaft“ sind aber bekanntlich die Kapitalisten. — „Abbau der harten Arbeitszeitgesetzgebung“ — aber nur, wenn es die Besserung der Wirtschaftslage gestattet. Diese aber ist ja, wie die Herren versichern, trostlos. — „Aufwertung“ — gewiß, auch diesen Artikel halten wir auf Lager, aber wir wissen noch nicht, wann und wie er verramscht werden kann. Schließlich hört man als bestimmte Angaben nur heraus, daß die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit Beschleunigung abgebaut werden soll und harte Steuern gezahlt werden müssen. Ganz am Schlusse wird die Frömmigkeit zur Hilfe herbeigeholt, und mit den christlichen Grundlagen unserer Kultur gearbeitet. Dann noch ein paar schöne Worte, daß das deutsche Volk sich einmütig zusammenschließen solle, und der Bürgerblock-Kanzler hatte seine erste Arbeit beendet.

Etliches Bravo bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, gedämpfte Bierbässe in der bayrischen Volkspartei, Stille im Zentrum und bei den Demokraten und kalter Hohn auf der Linken des Hauses.

Zwei Tage wird nun das Kabinett der Kritik des Hauses standzuhalten haben. Die Erklärung war nichts. Von Wichtigkeit sind die Taten, die ihr folgen werden. Dem Volke zu zeigen, daß mit schönen Worten der Rechtsabmarsch markiert werden soll und kundzutun, was es von dieser Regierung zu erwarten hat, ist die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie. Heute schon sind die Monarchisten geistig bankrott. Wo sie nicht, wie bei Kriegervereinsfesten, mit blechernen Phrasen arbeiten können, beugen sie sich unter die politischen Erkenntnisse, die die Republikaner unter Führung der Sozialdemokraten dem deutschen Volke zu vermitteln suchten, verketzert und verleumdet von diesen selben Deutschnationalen.

Der große Sumpf.

Der Schwiegersohn des deutschnationalen Innenministers verhaftet.

Die Berliner Staatsanwaltschaft ordnete am Montag die Festnahme der Leiter der Wohnstätten-G. m. b. H. an. Unter den Festgenommenen befinden sich Regierungsrat Dr. Brettschneider und Dr. Wenzel, der frühere Geschäftsführer der genannten Gesellschaft. Die Beschuldigten haben die Gelder der Gesellschaft, die aus der Hauszinssteuer stammen und gemeinnützigen Bauzwecken dienen sollten, einer Filmgesellschaft der Trianon-A.-G., gegen entsprechenden Zins überlassen. Dr. Wenzel ist der Schwiegersohn des deutschnationalen Reichsinnenministers Schiele. Am Montag nachmittag sind die Verhafteten nach Durchsuchung des Bureaus usw. wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil Fluchtverdacht nicht vorliegt. Es ist also schon etwas wert, wenn man einen deutschnationalen Innenminister zum Schwiegervater hat.

2 Millionen für das besetzte Gebiet. — Wo sind sie geblieben?

SPD. München, 19. Januar. (Eig. Drahtb.)

In einer Pressekonferenz bei der **Zweigstelle München des Reichspostministeriums,** in der Staatssekretär Dr. Schätzel eingehend gewissen Gerüchten über eine angebliche Mißwirtschaft in seinem Ressort entgegentrat, erfuhr man folgenden Tatbestand über den Zweimillionenkredit der bayrischen Zweigstelle: Der Minister für das besetzte Gebiet, Dr. Höfle, hatte im letzten Jahre die Zweigstelle München zur Hergabe **eines Zweimillionenkredites zur Verwendung für das besetzte Gebiet gebeten.** Staatssekretär Schätzel hat diese Summe an das Ministerium für die besetzten Gebiete überwiesen mit der ausdrücklichen Bitte, auch die bayrische Pfalz zu bedenken. Gleichzeitig hat sich die Zweigstelle München der Reichspostverwaltung für diese zwei Millionen Deckung durch die preußische Staatsbank geben lassen. Diese zwei Millionen hat ohne Wissen und Willen der Zweigstelle München der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegermann, der Vertrauensmann Dr. Höfles, für das besetzte Gebiet erhalten. Als dieser Tatbestand der Zweigstelle München bekannt wurde, hat sie sofort diese Summe der bayrischen Staatsbank cediert, die von der Deckung durch die preußische Staatsbank vollkommen befriedigt war. Die Zinszahlungen sind auch regelmäßig eingelaufen. Im übrigen wurde der Betrag zum 1. Februar gekündigt. Tatsache ist also, daß Dr. Höfle aus der Kasse seines Ressorts zwei Millionen Mark genommen hat und für das besetzte Gebiet an seinen Freund Lange-Hegermann weitergab. Tatsache ist auch, daß **bis jetzt über die Verwendung dieser zwei Millionen im besetzten Gebiete nichts bekannt geworden ist.** In erster Linie hat also Dr. Höfle bezw. Lange-Hegermann darüber Aufschluß zu geben.

Diese zwei Millionen sind dem Fonds der Postscheckgelder der Zweigstelle Bayern entnommen, der zurzeit eine Höhe von 50 Millionen Mark hat. Nach Vereinbarung mit dem Reichspostministerium werden diese Postscheckgelder ausschließlich für Bedürfnisse der bayrischen Wirtschaft verwendet. Die Reichspostverwaltung, Abteilung Bayern, hat außer diesem Zweimillionenkredit an den Minister für das besetzte Gebiet von diesen 50 Millionen 4 Millionen an die bayrischen Wasserkraftwerke gegeben. Der ganze übrige Rest ist in der Hand der bayrischen Staatsbank, durch die die Kredite an die bayrische Wirtschaft erfolgen. **Die Zweigstelle München selbst hat mit der Kreditgewährung im übrigen nichts zu tun.**

Die Regierungserklärung.

Der Reichstagspräsident eröffnet die Sitzung mit der Verlesung der neuernannten Reichsminister. Der bisherige Ministerialdirektor im Finanzministerium Dr. v. Schlieben ist zum Reichsfinanzminister ernannt. Staatssekretär Dr. Krone übernimmt die Leitung des Reichsverkehrsministeriums. Die Besetzung der übrigen Ministerien ist bekannt.

Der Reichstagspräsident erteilt sodann dem Reichskanzler das Wort zur

Verlesung der Regierungserklärung.

Als Luther zu sprechen beginnt, wird er von den Kommunisten durch fortgesetzte Rufe: Amnestie! Amnestie! unterbrochen. Der Reichstagspräsident verweist deshalb auf seine geschäftsordnungsmäßigen Rechte. Darauf nimmt

Dr. Luther

das Wort: Mein erstes Wort als Reichskanzler ist ein Wort des Dankes an die scheidende Reichsregierung und besonders an ihren Führer, Herrn Reichskanzler Marx. Die Politik der neuen Reichsregierung, für deren Richtlinien ich nach der Verfassung als Reichskanzler die Verantwortung trage, wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes abgestellt sein. Die Reichsregierung wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Notlage unseres Volkes muß für alle eine dauernde Mahnung sein, die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage zu bewirken. Bei der Kabinettsbildung war für mich und meine Kollegen in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise würde.

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die

republikanische Verfassung

vom 11. August 1919. Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewaltsame oder sonst ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Die Reichsregierung wird sich im übrigen angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet. Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reichs zu den Ländern; ihr Eigenleben(!) soll geachtet und ihre bedeutungsvolle Rolle im staatlichen Gesamtleben des deutschen Volkes auch in der Handhabung der Reichsverwaltung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtentum lebendigen Kräfte besonderer Hingebung an das Staatswesen zum Wohle des Volkes fördern. Wir fühlen uns dem Beamtentum, der unentbehrlichen Stütze des Staatsgedankens, engstens verbunden und sind entschlossen, uns für seine gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung(!) einzusetzen. Die Reichsregierung wird sich bei allen ihren Maßnahmen von der Erkenntnis leiten lassen, daß auch gerade in der Staatsform der Republik die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft ist.

Mit ihrer Außenpolitik will die Deutsche Regierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens unter allen Völkern dienen. Die Richtung der Außenpolitik im einzelnen wird auch für die neue Regierung in erster Linie

durch die Londoner Abmachungen bestimmt.

Dauernde Verhältnisse in Europa sind die Grundlage für die mit dem Londoner Abkommen erstrebte Lösung der Reparationsfrage. Die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von uns loyal durchgeführt werden, ebenso wie wir die loyale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragsgegnern erwarten müssen. Leider ist die durch die Londoner Abmachungen herbeigeführte politische und seelische Entspannung des deutschen Volkes durch die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone schwer beeinträchtigt worden. Die Reichsregierung wiederholt deshalb die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung. Die Aufrechterhaltung der Besetzung der nördlichen Zone bedeutet die Nichterfüllung berechtigter Ansprüche, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergeben; sie enthält einen offenbaren Widerspruch gegen den Geist und gegen die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren. Hinsichtlich der Begründung der Nichträumung mit angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage vertritt die Reichsregierung den Standpunkt der Antwortnote der früheren Regierung an die Alliierten. Sie wiederholt das Verlangen, ihr das angekündigte Material in kürzester Frist mitzuteilen, damit sie in die Lage versetzt wird, Stellung zu nehmen. Zugleich wird die Reichsregierung ihre ganze Kraft daran setzen,

durch Verhandlungen

die alsbaldige Räumung der nördlichen Rheinlandzone zu erzielen, ohne die eine Festigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Europas nicht möglich ist. Mit dem Betreiben der baldigen Räumung will die Reichsregierung vor allem auch der rheinischen Bevölkerung dienen, die seit dem November 1918 tapfer für das ganze deutsche Volk die Lasten der Besetzung trägt. Ich werde es in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett für eine meiner wichtigsten Aufgaben halten, die

mit dem Londoner Abkommen zusammenhängenden Fragen mit Aufmerksamkeit verfolgen, und

insbesondere die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen sichern,

mich aber auch mit demselben Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen.

Die Frage der

Stellung Deutschlands zum Völkerbunde

ist niedergelegt in den Memoranden, die die frühere Reichsregierung an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte gerichtet hat, und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes Genf ergangen ist. Die Reichsregierung verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des Völkerbundsgedankens und die Durchführung der ihm zu Grunde liegenden Anschauungen, muß aber auch ihrerseits an den Voraussetzungen festhalten, die von der bisherigen Reichsregierung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufgestellt sind. Im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage, wie auch unabhängig davon, wird die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit den früheren wiederholten Erklärungen deutscher Reichsregierungen die Bemühungen fortsetzen, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf des Versailler Vertrages über seine Schuld am Kriege zu befreien.

Am 10. Januar ist die uns durch den Versailler Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Meistbegünstigung gefallen. Die Reichsregierung wird die so gewonnene Freiheit nutzbar machen, damit Deutschlands Wirtschaftsleben gesundet, namentlich auch damit ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung geschaffen werden kann. Die deutsche Wirtschaft muß wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kaufkraft sind das Ziel, die Wege zu ihm wird die Reichsregierung mit Entschiedenheit beschreiten. Die Beseitigung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteuerungen wird auch von der neuen Reichsregierung trotz aller auf diesem Gebiete bislang erlebten Enttäuschungen ernsthaft weiter erstrebt werden.

Nur durch Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann auch die Grundlage gefunden werden, um die

sozialpolitische Arbeit,

die seit Jahrzehnten der Stolz des deutschen Volkes gewesen ist, im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu festigen und weiter auszubauen. Für die Sozialversicherung war das Jahr 1924 ein Jahr des Wiederaufbaues. Dem nach wie vor drückenden Problem der Erwerbslosigkeit sucht die Reichsregierung durch Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit und durch Errichtung einer Arbeitslosenversicherung gerecht zu werden. Auch auf dem Gebiet des Arbeitsrechts soll kein Stillstand der Sozialreform eintreten, insbesondere glaubt die Reichsregierung, dem Wunsche aller Parteien entsprechend, ohne Verzug den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes den gesetzlichen Körperschaften unterbreiten zu können.

Die Regierung wird, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist, in dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft fortfahren. Dabei wird sie sorgfältig die Bedürftigen, die wirtschaftlich Schwachen und die kinderreichen Familien berücksichtigen, insbesondere wird sie nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung frei werdender Räume vorsehen. Sie wird auch sonst bestrebt sein, das Los der Hilfs- und Fürsorgebedürftigen nach Kräften zu lindern. Eine gesunde Sozialpolitik dient nicht etwa nur dem Wohle der Arbeitnehmer, sondern ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des gesamten Volkes aufs innigste verknüpft. In ihr finden sich daher alle Stände zusammen. Sie sollen alle in sich gesunden und, selbsttätig ihre Interessen fördernd, dem Wohle des Ganzen dienen. Zur

Aufwertungsfrage

werden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die endgültiges Recht schaffen sollen. Dabei sollen in vollem Verständnis für die Notlage, insbesondere der alten Sparer, in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden.

Soll das deutsche Staatswesen neben den schweren außenpolitischen Lasten alle diese Verpflichtungen auf sich nehmen, so wird es mehr als je auf die

Ausgestaltung des Steuersystems

ankommen. Gesetze sind vorbereitet, die eine systematische, einheitliche, wirtschaftlich richtige und sozial gerechte Besteuerung in klarsten einfachen Formen herbeiführen sollen.

Alle wirtschaftlichen, sozialen und steuerlichen Maßnahmen aber können für sich allein den Wiederaufstieg Deutschlands nicht herbeiführen. Vielmehr müssen die sittlichen Lebenswerte zu immer stärkerem Einfluß im gesamten Staatsleben gebracht werden.

Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur

muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfange auch den Nichtbemittelten zugänglich gemacht werden. Von der heranwachsenden Jugend sind Gefahren, die Körper und Seele bedrohen, abzuwehren. Diese Aufgaben liegen im einzelnen hauptsächlich den Ländern und Gemeinden ob; die Reichsregierung will jedoch ihre gesamte Regierungstätigkeit von solchen sittlichen Grundgedanken durchdringen lassen. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft sie, ein seit langem vorbereitetes Reichsschulgesetz dem Reichstag demnächst vorlegen zu können.

Für die praktische Arbeit der nächsten Zeit ist wichtig, daß der dem Hohen Hause bereits vorgelegte Haushaltsplan erst dann in vollkommener Gestalt verabschiedet werden kann, wenn eine Anzahl von Vorfragen gesetzgeberisch beantwortet sind. Solche Vorfragen sind die Aufwertung, der Finanzausgleich und die Steuergesetzgebung. Die Reichsregierung wird die bereits vorbereiteten Gesetze möglichst bald dem Reichstag zuleiten. In der Zwischenzeit wird es möglich sein, die Haushaltpläne der einzelnen Verwaltungen zu beraten.

Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen. Vorerst wird die schwere Not, die auf unserem Volke lastet, nur langsam behoben werden können. Ein Vorwärtsschreiten auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder Einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt, und wenn das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit heraus sich immer einmütiger zusammenschließt. Dann, aber auch nur dann, wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehrungen hindurch sich im Kreise der anderen Völker den Weg zu einem Wiederaufstieg bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert, die seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede fand ausschließlich bei den Deutschnationalen und den Volksparteilern mäßigen Widerhall. Als der Reichskanzler geendet hatte, erfolgte Vertagung auf Dienstag mittag 12 Uhr. Als erster Diskussionsredner wird Genosse Dr. Breitscheid für die Sozialdemokratie das Wort nehmen.

Unerhörte Justizschmach im Rheinland.

Separatisten werden amnestiert. — Demonstrierende Bestrafte bleiben sitzen.

Genosse Sollmann hat zusammen mit zahlreichen anderen Abgeordneten folgende Anfrage im Reichstag eingebracht:

Laut dem Artikel 7 des Abkommens vom 31. August 1924 zwischen den Alliierten Regierungen und Deutschland sollen alle Straftaten amnestiert werden, „die in der Zeit zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens in den besetzten Gebieten ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen begangen worden sind."

Infolgedessen sind alle separatistischen Landesverräter-Putschisten, Plünderer, Räuber, Raufbolde, Spitzbuben und Schieber von den deutschen Behörden amnestiert worden. Wesentlich ungünstiger werden von denselben deutschen Behörden diejenigen bestraften oder in Untersuchung gezogenen deutschen Staatsbürger behandelt, die nicht an separatistischen, also landesverräterischen, sondern an Unruhen beteiligt waren, deren tiefere Ursachen in der Not und der Teuerung liegen. Zahlreiche unzweifelhaft deutsch gesinnte Männer und Frauen sitzen noch in den Gefängnissen, weil sie in der Verzweiflung der Inflation sich Ausschreitungen bei Demonstrationen haben zuschulden kommen lassen. Wenn sie dieselben Straftaten auf separatistischer Seite begangen hätten, wären sie längst begnadigt.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Köln vertritt in einem ihr vorgelegten Falle den Standpunkt, daß der Zusammenhang von Streikvergehen und Landfriedensbrüchen mit der Ruhrbesetzung und den Micum-Verträgen nur unter besonderen Umständen geboten sei.

Große Teile der rheinischen Bevölkerung empfinden, obwohl sie die Wohltat der Amnestie auch für einige hundert Deutsche nicht bestreiten, **die glatte Begnadigung der Separatisten und die kleinliche Handhabung der Amnestie gegenüber den Opfern deutscher Unruhen als eine Schmach** und einem dem Geiste des Londoner Abkommens widersprechenden Zustand.

Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt?

Was wird sie tun, um die deutschen Volksgenossen mindestens ebenso gerecht zu behandeln wie die separatistischen Landesverräter?

Sind wir auch Landesverräter?

Eine blödsinnige deutschnationale Denunziation.

SPD. Dresden, 19. Januar. (Eig. Drahtb.)

Das Organ der Deutschnationalen Volkspartei in Zwickau teilt mit, daß die Deutschnationalen beim Oberreichsanwalt unser Zwickauer Parteiorgan, das „Sächsische Volksblatt", wegen Landesverrats angezeigt haben, weil dieses Blatt die Mitteilungen des Züricher „Volksrecht" über die Einstellung von Studenten in die Reichswehr abgedruckt hat.

*

Es handelt sich dabei um die Ausführungen, die auch wir gebracht haben. Die Denunziation zeigt den ganzen Grad der Verrücktheit, die der neuzeitliche Mißbrauch des Landesverratsparagraphen in deutschnationalen Köpfen angerichtet hat. Landesverrat begeht nach § 42 des Strafgesetzbuches, wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse usw., von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Reiches erforderlich ist, dieser Regierung mitteilt oder öffentlich bekannt macht.

Daß man die Nachrichten über gesetzwidrige Zustände in Deutschland zu derartigen Staatsgeheimnissen erklärt hat, ist schlimm genug. Wie aber konstruiert werden soll, daß die Wiedergabe einer Nachricht, die bereits in einem ausländischen Blatt gestanden hat, die also allen fremden Regierungen längst bekannt war, Landesverrat ist, das wird kein halbwegs denkender Mensch begreifen können. Allerdings die Deutschnationalen gehören ja nicht zu dieser Sorte Menschen.

Wir können den Denunziatoren von rechts für diesen Gentestreich nur dankbar sein. Sie zeigen damit, wie sie die Justiz einschätzen. Nicht auf die Gesetze kommt es ihnen an, sondern auf die politische Tendenz. Der „anbetroffene" Staatsanwalt wird in keine schlechte Verlegenheit geraten. Aber wertvoller ist noch, daß die allgemeine Tendenz ihrer Landesverratsschnüffelei dabei herauskommt. Nicht darum handelt es sich für sie, daß das Ausland von den Geheimrüstungen nichts erfährt; — diese Meldung war ja schon im Ausland veröffentlicht — nein, die **Hauptsache ist, das deutsche Volk selber soll nicht erfahren, was gespielt wird!** Darum ist in ihren Augen jeder ein Landesverräter, der ihren nationalistischen Rummel stört. Um so notwendiger ist es, immer wieder die Wahrheit aufzudecken; denn die Kosten dieser plumpen Militärspielerei hat doch einmal das ganze Volk zu tragen!

Die Streitpunkte mit Polen.

Der Konflikt Polens mit Danzig.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Der immer noch bestehende Konflikt zwischen Polen und Danzig ist in mehr als einer Hinsicht für Polen charakteristisch. Der Sachverhalt ist bekanntlich folgender:

Der Friedensvertrag gesteht Polen zu, im Danziger Hafen zur unmittelbaren Verbindung mit Warschau ein Postamt zu unterhalten. Bereits im Jahre 1922 ist die Streitfrage aufgetaucht, ob Polen befugt sei, einen darüber hinausgehenden Postdienst in Danzig einzurichten. Der damalige Völkerbundskommissar Haking hat diese Frage klipp und klar verneint. Nun hat vor kurzem der polnische Vertreter in Danzig, der den stolzen Titel „Generalkommissar" trägt, über Nacht an einer Reihe von Häusern polnische Briefkästen anbringen lassen. Darüber ungeheure Erregung in Danzig. Die Briefkästen wurden schwarz-weiß-rot angestrichen. Darüber wieder tobt die Warschauer Presse; die „Gazeta Worszowsko" schreibt unzweideutig, daß Polen wohl auch möglich sei, was Litauen mit Memel geglückt sei. Der Danziger Senat entschuldigt sich jedoch und eine Entspannung tritt ein. Der polnische Generalkommissar weigert sich aber, auf Aufforderung des Völkerbundskommissars Mc Donell die Briefkästen zu entfernen. Als dieser daraufhin erklärt, er werde den Danziger Senat mit der Entfernung beauftragen, kommt die polnische Volksseele ins Kochen. Die Gefahr, daß aus dem Konflikt ein Zusammenstoß mit unberechenbaren Folgen entsteht, ist noch nicht gebannt.

Die Darstellung des Sachverhalts zeigt, daß Polen den Konflikt in einer Weise provoziert hat, die seinem außenpolitischen Ansehen nur schaden, den Frieden im Osten aber direkt gefährden kann. Polen hat sich über zwei Entscheidungen des Repräsentanten des Völkerbundes, die Hakings von 1922 und die neuerliche Mac Donells, glatt hinweggesetzt. Wenn man in der Warschauer „Rzeczpospolita" liest, daß die konservative englische Regierung sich wohl Danzigs nicht sehr annehmen werde — nebenbei, eine zweifellos irrige Vermutung —, so könnte fast der Gedanke aufkommen, daß man in Warschau die Provokation Danzigs gewollt hat, um für den Fall, daß England Danzig nicht schützen würde, der Selbständigkeit Danzigs in der einen oder anderen Weise einen Stoß zu versetzen.

Man sieht an diesem Beispiel wieder, welche Gefahren die ungeschickte Grenzziehung der Sieger von Versailles in Polen in sich birgt. Daß Polen weit über seine ethnographischen Grenzen hinaus mit Gebiet und Einflußsphären bedacht worden ist, hat zum guten Teil die imperialistischen Tendenzen Polens nach sich gezogen, wie sie sich gerade in diesen Tagen in dem Anspruch zeigen, den Polen auf den lettischen Kreis Illuft erhebt. Polen, das heute schon zu wenigstens 40 % Fremdstämmige umfaßt, glaubt an jedem seiner Nachbarn auch berechtigte Gebietsansprüche zu haben!

Der Völkerbund aber steht vor der schweren Aufgabe, in dem Konflikt zwischen Danzig und Polen seine Autorität und Danziger Rechte zu wahren.

*

Die unmögliche Weichselgrenze.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

Die Entscheidung über die Frage des Zugangs Ostpreußens zur Weichsel, die der Botschafterrat kürzlich fällte, hat in der Presse, im Reichstag und in der Bevölkerung Ostpreußens, besonders von rechtsstehender Seite, eine Flut von Protesten zur Folge gehabt. Diese Proteste gehen aber sämtlich von einer irrigen Voraussetzung aus. Die Zuteilung des rechten Weichselufers mit fünf Dörfern an Polen ist bereits vor Jahr und Tag erfolgt. Der Botschafterrat hat nie einen Zweifel darüer gelassen, daß er diese schon unmittelbar nach der Abstimmung 1920 getroffene Entscheidung als endgültig ansehe, so anfechtbar diese Entscheidung aus juristischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen auch ist. Der jetzt vorliegende Spruch des Botschafterrats enthält dagegen nur die praktischen Bestimmungen über die Zollfragen, den Deichschutz usw., kurz, die Vorschriften, die wegen der abnormen Grenzziehung, die Polen einen schmalen isolierten Streifen am Ostufer der Weichsel gibt, Ostpreußen aber den unmittelbaren Zugang zur Weichsel verwehrt, nötig sind. Auch diese Vorschriften sind unbefriedigend. Immerhin haben aber die deutschen Proteste einige Verbesserungen gegenüber der vorläufigen Regelung der gleichen Fragen vom Dezember 1923 erreicht.

Neue Zuchthausurteile des Staatsgerichtshofes.

Natürlich gegen Kommunisten.

Diesmal waren die Württemberger dran. Es handelte sich um die üblichen Beschuldigungen wegen Hochverrats, Vorbereitung zu bewaffnetem Putsch und Sprengstoffvergehen. Die Verhandlung ergab das übliche Bild: Vorbereitung zum Putsch, massenhafter Sprengstoffdiebstahl und Transport, keine wirkliche Gewalttat. Die Angeklagten verteidigen sich zum größten Teil damit, daß sie bei den Sprengstoffschiebungen nur verdienen wollten, mit der KPD. als solcher gar nichts zu tun hätten. Eine „Verteidigung" noch übler als das Urteil, das schlimm genug bleibt. Der Hauptagitator Marschall wurde zu sechs Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt, elf andere zu Strafen von acht Monaten Gefängnis bis zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Die einzige beteiligte Frau wurde freigesprochen.

*

Wir werden auf die Kommunistenprozesse demnächst im Zusammenhang eingehen. Aber auch in diesem Fall dürfen wir nicht versäumen, unserer Entrüstung über derart sinnwidrige Strafen Ausdruck zu geben. Zuchthaus ist die — an sich sinnwidrige — Strafe für „gemeine" Verbrecher. Man wird die jetzt regelmäßig verurteilten Kommunisten für höchst gefährliche Tollhäusler halten dürfen, gemeine Verbrecher sind sie gewiß nicht. Schon dieser Gesichtspunkt muß lebhafte Zweifel darüber erregen, ob der Amnestieantrag unserer Fraktion weit genug geht.

Ludendorff schämt sich.

Es sollte nichts herauskommen.

München, 19. Januar.

General Ludendorff ist über die Veröffentlichung seines Briefes, in dem er dem früheren Kronprinzen Rupprecht Abbitte zu leisten suchte, aufs höchste erbost und erläßt infolgedessen eine neue Erklärung: „Der Bevollmächtigte Se. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Bayern, Graf Törring-Jettenbach, und mein Bevollmächtigter, General Hildebrandt, hatten vereinbart, daß die Verhandlungen in meinem Konflikt mit dem Kronprinzen auf Grund meines Briefes vom 7. Dezember als streng vertraulich zu behandeln wären und über den Inhalt der Verhandlungen keinerlei Veröffentlichungen stattfinden dürften. Trotz dieser Abmachungen in einem Ehrenverfahren hat die Gegenseite eine Darstellung über den Abbruch der Verhandlungen gegeben, die irreführend und unrichtig ist. Forderung stand gegen Gegenforderung. Mein Handeln habe ich in meiner Veröffentlichung des Briefes vom 7. Dezember und der daran anschließenden Kundgebung wohl hinreichend klargelegt."

Politische Notizen.

SPD. **Brüssel**, 18. Jan. (Eig. Drahtb.)

Zwischen Belgien und Spanien ist ein förmlicher Zollkrieg ausgebrochen. Der Minister des Auswärtigen, Hymans, unterbreitete der Kammer besondere gegen Spanien gerichtete Ausnahmetarife. Der Konflikt ist die erste Frucht des im neuen belgischen Zolltarif zum Siege gelangten Schutzzollsystems. Die Regierung versichert indessen, daß die Verhandlungen weitergehen.

*

SPD. **London**, 18. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der **persische Premierminister hat den Minister des Innern, den General Emir Khedar, verhaften lassen.** Außerdem ist die Verhaftung von mehr als dreißig anderen einflußreichen staatlichen Würdenträgern angeordnet worden. Alle diese Personen sollen angeblich mit der russischen diplomatischen Vertretung sympathisiert und ihre Amtsführung vollkommen den russischen Interessen dienstbar gemacht haben. Man rechnet damit, daß auch in anderen nordpersischen Städten aus den gleichen Gründen eine Reihe von hohen Beamten festgesetzt werden.

Der Klub der Abgedankten.

Unsere lieben pensionierten Landesväter sind auf dem Wege, einen Verein zu gründen, womit sie die „Deutschheit" ihrer Gesinnung wohl hinlänglich bekunden. Einer dahinzielenden Tagung der „höchsten" und „allerhöchsten" Herrn widmet Lucius Schierling im „Montag Morgen" folgende humorvolle Betrachtung. — Daß der Humor aus tiefdurchschüttertem Herzen kommt, beweist der Aufschrei der Ueberschrift: „Wo bleibt Friedrich-August?"

Am Freitag hatten sich in Nürnberg ehemalige deutsche Fürsten zusammengefunden zur Besprechung brennender Berufsfragen. Bayern war durch seinen Rupprecht vertreten, Preußen durch den Prinzen Oskar, von dem Kronprinzen munkelte man, daß er nicht übel Lust verspürt haben soll, incognito zu erscheinen. Er liebt nicht geräuschvolles Auftreten; dieser Sinn für Decenz liegt bekanntlich in der Familie.

Der enge berufsständische Zusammenschluß von Häuptern, die einmal gekrönt waren und es gern wieder werden möchten, gehört mit zum Bild der Zeit. Denn Fürsten, und erst recht abgesetzte, sind nicht oben in den Lüften schwebende Genien, sondern Bürger dieser Erde, wenn auch hochrangige. Infolgedessen klassenmäßig bedingt, infolgedessen zur Wahrnehmung ihrer Interessen, zu organisatorischer Einordnung gezwungen. Und davon profitieren auch die Völker. Ein zufriedener, richtig organisierter Fürst, der seine Marken pünktlich klebt, verspricht geordnetes Regiment dem Bürger und dem Landmann Getreidezölle und jeden Sonntag ein Huhn im Topf.

Aber warum hört man bei solchen und ähnlichen wichtigen Anlässen immer nur von Hohenzollern und Wittelsbach, von Hessen, Anhalt, Lippe, selbst die Welfen sind ja an Deutschland noch immer interessiert, warum aber hört man nie etwas von Wettin? Da ist die schicksalsvolle Frage nicht zu vermeiden: wo bleibt Friedrich August, ehemals Sachsens quietschvergnügter Despot?

Rupprecht veranstaltet unermüdlich Deutsche Tage, enthüllt Mahnmäler, nimmt Paraden des monarchistischen Heerbanns ab. Auch der Dulder von Oels arbeitet auf seine stille Weise; selbst der kleinste thüringische Landesfürst z. D. bemüht sich strebend. Nur das Haus Wettin hat der großen Sache kühl bis an den Halskragen gegenübergestanden. Seit Friedrich August sich an einem grauen Novembertag vor seinen revoltierenden Untertanen mit einem Büchmann-reifen Kernwort ins beschauliche Privatleben zurückzog, scheint sein Interesse an der Branche völlich erloschen zu sein. Abgesehen von seiner Attacke auf Hans Reimann. Doch das gehört mehr zum Kapitel: Sachsen unter sich.

Es hilft alles nichts. Die deutsche Erneuerung marschiert ohne Wettin. Wenn vom Nürnberger Prätendenten-Meeting ein Dankteiegramm an Stresemann geht, den verdienten Förderer und inoffiziellen Syndikus der deutschen Fürsten-Gewerkschaft, wird Friedrich August durch Fehlanzeige glänzen. Ihn reizt nicht der Zylinder des Volkskönigs. Er will unorganisiert, will bei den „Gelben" bleiben. Wenn Rupprechts Adjutant bei ihm zwecks Einkassierung von Mitgliedsbeiträgen anpocht, wird er ablehnend und unwirsch sagen: „Macht euern Dreck alleene . . .!"

Verschärfung der hessischen Regierungskrise.

SPD. Darmstadt, 17. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Regierungskrise in Hessen hat neuerdings eine scharfe Zuspitzung erfahren. Wie jetzt festgestellt werden konnte, hat das Zentrum schon vor der Wahl mit den Rechtsparteien über die Regierungsbildung verhandelt. Die Demokratische Fraktion und der Landesvorstand der Deutsch-Demokratischen Partei Hessen hat am Sonnabend in seiner Sitzung folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

„Der Landesvorstand der Deutsch-Demokratischen Partei Hessen hatte in seiner Sitzung vom 3. Januar im Einverständnis mit der Landtagsfraktion sich zur Fortsetzung der Kleinen Koalition in Hessen bekannt. Inzwischen hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, keinesfalls einer Erweiterung der seitherigen Regierungskoalition zuzustimmen. Für die Demokratische Landtagsfraktion besteht demnach zurzeit keine Veranlassung, sich von neuem mit der Frage zu beschäftigen."

Damit stellt sich die demokratische Fraktion auf den Standpunkt, an der Kleinen Koalition in Hessen festzuhalten.

Aus der französischen Partei.

Positive Mitarbeit oder radikale Opposition?

SPD. Paris, 17. Januar. (Eig. Bericht.)

Die sozialistische Partei Frankreichs hält ihren außerordentlichen Parteitag für das Jahr 1925 vom 8. bis 13. Februar in Grenoble ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet die Vorbereitung und Taktik für die im Frühjahr stattfindenden Gemeindewahlen. Der große Erfolg, den die Parteien bei den Kammerwahlen vom 11. Mai 1924 mit der Kartellpolitik erzielt hat, läßt auch diesmal das Zusammengehen mit den Koalitionsparteien, das heißt die Bildung gemeinsamer Listen, bereits im ersten Wahlgang für ratsam erscheinen. Das ist auch die Auffassung innerhalb der Mehrheit der Partei. Einzelne Departements, auch die Parteiorganisation Versailles haben bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt. Ihr steht entgegen die Taktik des linken Flügels der Partei unter der Führung der Genossen Brake und Cyromski. Sie lehnen jedes Wahlbündnis mit bürgerlichen Parteien von vornherein ab und verlangen die Aufstellung rein sozialistischer Listen. Wo im Interesse der Partei ein Zusammengehen mit anderen Gruppen sich als unvermeidlich erweisen sollte, sollen die sozialistischen Kandidaten verpflichtet werden, wenigstens die Aufstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms zurückzuweisen. Eine prinzipielle Auseinandersetzung dürfte bereits auf dem Parteitag des Seine-Departements stattfinden, wo die Delegierten zum Parteitag gewählt werden. Wie bereits der Parteitag von Marseille und der Generalrat vom letzten Juni gezeigt hat, befinden sich die Anhänger der Richtung Brake-Cyromski innerhalb der Partei in starker Minderheit. In der Zwischenzeit dürfte ihr Einfluß kaum größer geworden sein.

Innerhalb der Partei rechnet man übrigens auch mit der Möglichkeit, daß es auf dem Parteitag zu einer neuen Diskussion über die Beteiligung an der Regierung kommen wird. Diese Frage steht zwar bisher nicht auf der Tagesordnung; aber es ist in hohem Maße wahrscheinlich, daß es im Anschluß an den Rechenschaftsbericht der Fraktion darüber zu einer Aussprache kommen wird. Die Fraktion hat sich bisher infolge der Beschlüsse des Parteitages und des Parteiausschusses streng an die Politik aktiver Unterstützung des Ministeriums Herriot gehalten. Sie hat damit nicht nur der demokratischen Entwicklung im Innern und der Politik der friedlichen Verständigung nach außen zum Siege verholfen, sondern auch für die sozialistische Partei bedeutsame Erfolge zu erzielen vermocht. Innerhalb der Fraktion hat nun neuerdings die Ueberzeugung stark an Anhängern gewonnen, daß diese Erfolge weit größer hätten sein können, wenn die Partei durch Eintritt in die Regierung für deren Politik die Verantwortung mit übernommen hätte und sich einen stärkeren Einfluß auf deren Führung gesichert haben würde. Bezeichnend für diese Entwicklung ist insbesondere die Haltung des Genossen Blum, der früher mit Brake den linken Flügel der Partei geführt hat, und der neuerdings einer der regsten Vorkämpfer für die Kartellpolitik geworden ist. Da auch führende Genossen wie Paul Boncour, Larenne, Moutet und neuerdings auch Renaudel für den Eintritt in die Regierung sind, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß es auf dem Parteitag in Grenoble zu einer Aenderung in der bisherigen ablehnenden Haltung der Partei kommen wird.

Paris, 19. Januar. (Radio.)

Auf dem Sozialistischen Parteitag des Seine-Departements kam vor allen Dingen die Taktik der Partei bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen zur Erörterung. Brake vertrat die Auffassung der Minderheit, daß die Partei in allen Bezirken von Paris, auch in den Vororten, soweit es möglich sei, eigene Kandidatenlisten aufstellen müssen. Demgegenüber machten die Vertreter der Mehrheit geltend, daß wenn in allen 79 Gemeinden des Seine-Departements durchschnittlich 25 Kandidaten aufgestellt werden, das für die Partei rund 2000 Kandidaten ausmachen würde, wozu die sozialistische Partei nicht genügend Vertreter hätte. Es sei daher empfehlenswert, den einzelnen Ortsgruppen die Entscheidung zu überlassen.

Erkenntnis in Frankreich.

Poincaré hat die Deutschnationalen in den Sattel gehoben.

SPD. Paris, 18. Januar. (Eig. Drahtb.)

Trotz schärfster Kritik an der jüngsten Entwicklung in Deutschland fehlt es in Frankreich nicht an Stimmen, die darin eine unmittelbare Folge der unseligen Politik der nationalistischen Kabinette sehen, die sich in Frankreich vom Ende des Krieges bis zum 11. Mai des vergangenen Jahres einander abgelöst haben. So schreibt am Sonntag die „Ere Nouvelle", die Gegner Herriots hätten es leicht, das Argument ins Feld zu führen, daß die Verständigungspolitik des Kartells Schiffbruch erlitten habe und alle Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung schließlich zu dem Triumph der Reaktion in Deutschland geführt hätten. Die Verantwortung für diese Entwicklung falle einmal auf den Friedensvertrag, der, ohne Frankreich materielle Vorteile zu bringen, es überall verhaßt gemacht habe, dann aber auf die Politik, die Frankreich seit 1919 gegenüber Deutschland einschlug. Statt Deutschland, das unter den Schäden des militärischen Zusammenbruchs in der Republik die Möglichkeiten zu seiner Wiederaufrichtung gesucht habe, zu erniedrigen und zu schwächen, hätte die französische Politik die junge deutsche Demokratie kräftigen und ermutigen müssen. Wenn heute in Deutschland eine Rechtsregierung das Ruder an sich zu reißen vermocht habe, so sei das die Wirkung der letzten französischen Politik der vergangenen Jahre. Deutschland mache heute die gleiche Krise durch wie Frankreich unter Mac Mahon. Worauf es ankomme, sei, daß auch in Deutschland die Demokratie sich stark genug erweise, diese Krise zu überwinden und das Joch der monarchistischen Reaktion wieder abzuschütteln.

Jünglings-Kleidung
neuester Mode
Tzilla & W. Lühmann
Größtes Spezialhaus
für Herren- und Knaben-Kleidung 916

Neuer Protest Herriots in Moskau.

Paris, 19. Januar.

Ministerpräsident Herriot hat den neuen französischen Botschafter in Moskau Jean Herbette beauftragt, Protest einzulegen gegen eine Rede, die Rykoff, der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten auf einem Kongreß gehalten hat und in der er die Gesetzmäßigkeit der Rückzahlung der von Frankreich an Rußland gewährten Anleihe bestritt, weil sie einen imperialistischen Charakter gehabt hätte.

Justizunfug in Belgien.

Todesurteile gegen deutsche Offiziere. — An Vollstreckung ist glücklicherweise nicht zu denken.

SPD. Brüssel, 18. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Verurteilungen deutscher Offiziere wegen Kriegsverbrechen dauern fort. Das Kriegsgericht in Namur hat drei deutsche Offiziere in Abwesenheit verurteilt, den Hauptmann von Collani und Major Heine zum Tode, Oberst von Ompteda zu zwanzig Jahren Zuchthaus. Sie waren verschiedener Mordtaten und Greuel, im August 1914 begangen, beschuldigt. Demnächst werden von dem gleichen Kriegsgericht abgeurteilt Oberst v. Hülsen und Feldwebel Müller vom 5. Garde-Grenadier-Regiment, Hauptmann Leppin vom 100. Sächsischen Grenadier-Regiment, Hauptmann Hesterberg vom 15. Husarenregiment. Weiter wurden vom Lütticher Kriegsgericht zum Tode verurteilt die Obersten von Thessemann und von Hedemann wegen Massenhinrichtung in Rossignol im August 1914. Vom Genter Kriegsgericht sollen abgeurteilt werden Georg Gusneer, Rechtsanwalt Berlin und Karl Zimmermann-Berlin wegen Mordes, ferner Franz Nelles in Bonn wegen Mordes, Bolke, Seidenfabrikant in Krefeld und von Westerhagen-Dortmund wegen Diebstahls. Damit ist die Reihe der beabsichtigten Aburteilungen keineswegs beendet.

Asquith gegen Lloyd George.

Krise bei den Liberalen Englands.

SPD. London, 14. Januar. (Eig. Drahtb.)

Der im letzten Wahlkampf unterlegene liberale Führer Asquith ist von seiner ägyptischen Reise zurückgekehrt und hat die Absicht, auch die Führung der Partei im Unterhaus wieder zu übernehmen. Seine Freunde wollen dafür sorgen, daß er einen absolut festen Parlamentssitz bekommt. Man will ihm ein Universitätsmandat geben. Die Anhänger Lloyd Georges, der gegenwärtig die Liberale Partei im Unterhause führt, suchen ihren Freund vor dem Verlust der Führerschaft an Asquith dadurch zu retten, daß sie dem alten Asquith einen Sitz im Oberhause verschaffen wollen. Man bezeichnet es als selbstverständlich, daß, wenn Asquith wolle, seine Ernennung zum Lord sofort erfolgen werde. Aber er selber denkt gar nicht daran, sich in dem einflußlosen Oberhaus kaltstellen zu lassen. Er hat in diesen Tagen z. B. erklärt, daß er keinen Ehrgeiz habe, „die Treppe hinaufzufallen". Er will unter allen Umständen die Führung der Partei im Unterhause wieder übernehmen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hilde Lichtwark

Tage einer entwurzelten Jugend.

Von Richard Lohmann.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

‚Schon immer hat das hier getuschelt und gezischelt, ich hätte das Haus auf unrechtmäßige Weise an mich gebracht, hätte die Erbin betrogen, für ein Butterbrot das schönste Anwesen von Olenkerken an mich gebracht — und was Haß und Neid und Mißgunst sonst noch alles zu erfinden vermögen. Als wenn die elende Kate und das bißchen Land mit den zweitausend Mark nicht reichlich bezahlt gewesen wären! Was daraus geworden ist, hab' ich doch erst daraus gemacht.'

„Sie haben recht. Und es freut mich, daß Sie so reden. Aber seehn Sie, das geht mich doch an. Ich habe das Geschäft vermittelt. Das bin ich doch: „Die Erbin betrogen — den Besitz verschleudert —" Das wäre doch ein strafbares Verbrechen an meinem Mündel, das mir Gott der Herr und Ihre Fürsorge anvertraut hat. Betrug — das wäre doch eine unsittliche Handlung, für die ich mich dermaleinst vor meinem himmlischen Vater zu verantworten hätte!"

„Aber, Herr Pastor — lassen Sie doch die Leute reden, was sie wollen — der Gerechte muß viel leiden —"

Der Herr Pastor hört's nicht. Läßt sich nicht aus dem Geleise seiner Rechtfertigungsrede hinauswerfen. Es ist, als brauchte er sie für sich selber:

„Sehen Sie, das ist der Erzfehler: daß die Menschen Geschäft und Sittlichkeit nicht auseinanderhalten können. Was hat Geschäft und Sittlichkeit zu tun? Sittlichkeit wurzelt im Mutterboden unseres Glaubens, Geschäft ist ein Rechenexempel. Die Sittlichkeit, die heiligen Gebote sagen uns: Du sollst nicht betrügen. Das Geschäft sagt: Rechne nach bestem Wissen und Gewissen, und wenn du ehrlich rechnest — ehrlich vor dir selbst, ehrlich vor dem Gesetz — wie kann das unmoralisch sein! Oder fühlt sich Hilde etwa betrogen?"

„Wie können Sie nur so etwas annehmen, Herr Pastor!

„Nun, sehen Sie — darauf kommt es doch an — und ich kenne ja mein Mündel — weiß, wie vernünftig und rechtlich sie denkt —"

Nun endlich konnte Christine Ruwalt ihre Sorgen ausschütten. Von Hilde erzählen, von der Krankheit, deren Rätsel sie nicht zu lösen vermochte. Und endlich war sie an die richtige Stelle gekommen. Hatte der Arzt den Fall sehr zu Unrecht von der seelischen Seite genommen, so sah der Seelsorger glücklicherweise die körperlichen Ursachen.

„Da ängstigen Sie sich wirklich ohne Grund, Fräulein Ruwalt. Solche Erscheinungen sind in den Entwicklungsjahren durchaus keine Seltenheit —"

„Entwicklungsjahren?"

„Nun ja, unsere Hilde ist eins von den Mädchen — auch das ist keine Seltenheit, Fräulein Ruwalr, — die sich etwas verspätet entwickeln. Sie wissen es ja selbst am besten, wie lange sie noch Kind war, ein echtes und rechtes Kind, mit allen kindlichen Wünschen und Vorstellungen. Und sehen Sie, nun gärt das so ein wenig — phantasiert — schärmt. Körperliche Unpäßlichkeiten kommen hinzu — lassen Sie sie ruhig gewähren! Sorgen Sie für gesunde körperliche und geistige Nahrung, hüten und bewahren Sie das erwachende Kind vor Erkältungen des Leibes und der Seele — und dann glauben Sie mir: Gottes Wort, geoffenbart in seiner herrlichen Natur und in den herrlichen Werken gottbegnadeter Menschen — gläubiger Umgang und gläubige Lektüre werden sie auch über diese Zeit der Anfechtungen hinwegbringen."

Innerlich beruhigt und gestärkt ging Christine Ruwalt nach Hause.

Hilde lag immer noch — teilnahmslos scheinbar — im Bett und rang um die Entscheidung ihrer Liebe, ihres Lebens. •

VIII.

Es schien wirklich, als wenn Olenkerken aus den Aufregungen nicht mehr herauskommen sollte. Mit einer Burleske hatte es diesmal angefangen, und mit einer tragischen Katastrophe endete es.

Schwerer als seit Jahren hatten die Aequinoktialstürme getobt. Zweimal hatte das Rettungsboot aus dem Schuppen gemußt, um Menschen aus Seenot zu bergen. Das erstemal war eine Tjahlk da knapp vor dem Deichknick gestrandet, und das zweitemal war eine Bark sogar hinter der Sandbank hereingesegelt — die Masten ragten noch aus dem Priel — man konnte bequem zwischendurchfahren. Und — da buten auf See — da hatte sich doch manch anderes ereignet. Könnte man's nicht ohnedies vermuten, man säh's aus all dem Zeug, das der Westwind nun Tag für Tag an den Strand schwemmte.

Gabenreiche Tage für die Fischer hinter dem Deich. Eine Kiste, vollgepfropft mit Kognakflaschen bis zum Deckel, machte den Anfang. Hinnerk Mahn hatte sie in einer glücklichen Minute antreiben sehen da hinter den verlassenen Dünen. Eine volle Stunde hatte er zu tun gehabt, um sie über den Deich zu schaffen. Nun saßen sie in seiner Kate — alle miteinander — glückliche Kunde verbreitet sich schnell! — und mühten sich, dem Strandwunder auf den Grund zu kommen. Stießen an — jeder eine Flasche vor sich — man hatte es ja dazu! — auf das Wohl des Strandwächters, der just jetzt in der Dämmerstunde seine Runde machte, um auf Strandräuber zu fahnden.

Strandräuber! Was hieß hier Raub! Wem gehörte das Gut, das das blanke Meer ans Ufer spülte? Warum ausgerechnet dem Staat — warum nicht ihnen, die es mühevoll ans Land geschleppt? Was heißt Eigentum? Der Käpten, der's gefahren, der sein Leben dafür aufs Spiel gesetzt — dem gehörte es schon nicht — der fuhr's, um einen andern reich zu machen. Der blanke Hans, der's ihm abnahm, der wollt's auch nicht haben, der warf's an den Strand. Für den Staat? Für die, die sich auf Staatskosten bereicherten, ohne etwas dafür zu tun? Warum nicht für sie, für sie, die selber tagaus, tagein an der Arbeit waren, der See ihr bißchen Reichtum abzugewinnen?

Korl Hitt — wär' der dabei, der würd's ihnen schon verklaren! Einer warf's hinein. Sie hoben die Flaschen. Wie für einen Toten tat jeder einen stillen Schluck. Korl Hitt — den hatten die nun mit nach der Stadt genommen. Was hatte er ihnen getan? Glaubten sie wirklich, daß er das Hotel angesteckt hätte? Woche um Woche warteten die Fischer auf seine Wiederkehr. Es konnte ihm ja sicher nichts bewiesen werden. Sicher nicht. Warum ließen sie ihn also nicht los? Die mußten noch was Besonderes dabei im Schilde führen. . . .

So saßen sie — sprachen und trotzten — und tranken dazu — und da draußen zog der Wächter butendieks längs und lugte auf die See hinaus — im Namen des Staates, um Strandräuber bei der Arbeit zu fassen. —

Das war die Burleske.

(Fortsetzung folgt.)

Statt Karten. Danksagung

Für die uns anläßlich unserer goldenen Hochzeit zuteil gewordenen Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichen Dank

Karl Grammann und Frau Pauline

d. 19. Januar 1925 (951

Heute nachmittag 4 Uhr 45 erlöste ein sanfter Tod nach kurzem Leiden unsern lieben guten Vater u. Schwiegervater, den Oberwachtmeister a. D.

August Jenß

im 82. Lebensjahre

In tiefer Trauer

John Behrens u. Frau geb. Jenß

Franz Skibbe u. Frau geb. Jenß

Lübeck, 19. Jan. 1925 Adlerstr. 40

Trauerfeier: Freitag, den 23. Januar 1925, 1 Uhr 15 Min., Kapelle Vorwerk 950

Danksagung

Sage allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen haben, sowie dem Chorverein, Verkehrs-Bund, Lastadiearbeitern, Sozialdemokratischen Verein, Reichsbanner, den Notstandsarbeitern ebenfalls für die liebevolle Unterstützung während d. Krankheit meines Mannes und Herrn Pastor Ahrendt für die trostreichen Worte, meinen innigsten Dank.

Frau Johanna Albrecht Ww. nebst Sohn (949

Familie W. Albrecht

Frau sucht noch Waschstellen. 1953 Krähenstr. 30/4.

Morgenfrau oder Mädchen

für 1—2 Std. täglich ges. Meldungen

Fr. Zahnarzt **Dr. Schultz** Lackenburg (927

Gesucht zu sofort ältere Haushälterin ohne Anhang 954 Segebergstr. 13 part.

Ein altes Sofa zu verkaufen. (925 Warendorpstr. 52/54, III.

Verkaufe Nähmaschine auf Teilzahlung. Ang. u. D 702 a. d. Exp. d. Bl. (943

Gr. gelb. Hund (Teil) entlaufen. (936 Schröder, Rügowstr. 18a.

Zugänger (955 zu verk. Pries, Secretz, Schulstr.

Ein Rucksack mit Zeug heute morgen verloren. Gegen Belohnung abzugeben (938 **Paulstraße 14**

Billig! Billig!

Herren- und Burschen-Garderoben

Damen- u. Kinder-Garderoben

Baumwollwaren

Stoffe — Gardinen

Sämtl. Schuhwaren

Kaufhaus des Ostens

Fr. Wehrendt, Lübeck, Unt. Hüxstr. 110

(919)

Spez.: Verlobungsringe

Uhren Goldwaren Silberwaren Bestecke empfiehlt (939

Willi Westfehling

32 Holstenstraße **32**

Patentmatratzen Auflagematratzen

werden in jed. Größe angefertigt (911

Auflagen von 9.50 M an

Gebrüder Hefti, Untertrave 111/112 1. Stock, kein Laden Hs. v. d. Holstenst. Prakt. Spez.-Gesch.

Ein- und Verkauf von guten, gebrauchten (920

Möbeln u. Betten

Größt. Lager am Platze. Fleischhauerstr. 87.

Ich zahle die allerhöchsten Preise für

Felle und (917 **Haare**

Josef Wagner Tel. 3414

Hartwartsgr. 26 Hüxstraße 3

Beste Absatzquelle für Händler und Private

Billig! Billig!

Pa. Tafel-Aepfel

Pfd. nur **25** Pfg.

Koch-Aepfel

bei 10 Pfd. nur **15** Pfg

Alfred Müller 934

Verkauf nur Holstenstraße 6, pt., hinten

Hersteller zahlt **100 Mk.** wenn „Ricsolda" nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleider-

Läuse Flöhe (Brut) vertilgt. **Keine Wanze mehr** oft bei einmaliger Anwendung von **„Ricsolda".** Verkauf nur **Aegidienstraße 4** (912

Baugewerks-Bund

Versammlung

am Mittwoch, dem 21. Januar, abends 7½ Uhr im „Gewerkschaftshaus"

Tages-Ordnung:

1. **Rückblick und Ausblick**

Referent: Kollege **Scheibel**-Hamburg

2. Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl
3. Anträge zur Generalversammlung
4. Verschiedenes

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen

956) Der Vorstand

Luisenlust

Mittwoch: Gr. Tanzkränzchen Eintritt u. Tanz frei

Denkt daran

Nur noch 2 Tage:

Dienstag Mittwoch

der fabelhaft billige

Reste-Verkauf.

Karstadt

Mieterschutzverein e. V.

Lübeck, Gr. Burgstr. 2

Donnerstag, den 22. Januar, abends 7½ Uhr,

Hauptversammlung

im Gewerkschaftshaus (Oberer Saal)

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht, sowie Entlastung des Vorstandes;
2. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren
3. Anträge

Zahlreiches Erscheinen erforderlich. — Einlaß nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte. (925

NBL

Notgemeinschaft f. Bestattungen für Lübeck e. V.

Bezirks-Versammlungen

Bezirk Hüxtertor

Mittwoch, den 21. Januar, abends 7½ Uhr, im Gesellschaftshaus „Zur Hoffnung".

Bezirk Schlutup

Freitag, den 23. Januar, abends 7½ Uhr, bei Herrn Saborowski, Schlutup.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht.

Die Familienangehörigen der Mitglieder können an den Versammlungen teilnehmen.

Einige Mitglieder machen die Mitteilung, daß die Mitgliedsbücher von Versicherungsagenten eingefordert werden. Das Mitgliedsbuch ist ein Wertobjekt gleich einem Sparkassenbuch. Nur die für den Verein tätigen Kassenboten dürfen die Quittungsmarken in das Buch einkleben. Die Mitglieder werden gebeten, sich den Ausweis, der vom Vorstand ausgestellt ist, vorlegen zu lassen.

946 Der Vorstand.

Fledermaus

das sensationelle **Gastspiel** des internationalen Programms, unter andern:

Wally Marelly

928) **3 Veleskos**

12 Essmanoff

übertrifft alles bisher Gebotene, dazu die herrliche japanische Dekoration.

Tanz

Kleine Preise — Bier — Wein

Morgen Mittwoch heiterer

Familien-Abend

---

6 Akte! Ab heute der erste **kolorierte** Großfilm: **6 Akte!**

Opfer des Harems

Die Liebe der Sultans-Tochter!

Die schönsten Frauen des Orients!

Alles wie in natürlichen Farben!

Eine Symphonie der Schönheit!

Der beste farbige Film!

Die Sitten des Orients

Ein Rendezvous mit dem Tode Amerikanische Groteske in **5 Akten**

Zum ersten Male lernen wir in diesem Filme den weltberühmten japanischen Darsteller **Sessue Hayakawa** kennen

Das verrückte Hotel Amerikanische Groteske in **2 Akten** (947

Zentral-Theater

Telephon 1359 u. 8956 — Johannisstraße 23

Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft

Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr:

Oeffentlicher Vortrag

der Herren **Dr. ing. Wagner**-Berlin:

Neue Wege im Wohnungsbau

und **W. Astor:**

Finanzierung d. Wohnungsbaus in Deutschland — und Amerika

in der Aula der „Ernestinenschule"

Eintritt frei! (944

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

General-Versammlung

am Donnerstag, dem 22. d. Mts. abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1924;
2. Jahresbericht 1924;
3. Wahlen des Vorstandes;
4. Bericht vom Ortsausschuß.
5. Beitragserhöhung (Lokalkasse)
6. Verschiedenes. (941

Mitgliedsbücher vorzeigen.

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Dienstag, 20. Jan.

Letzte Tage!

Meyerhans geg. Buchheim (937

2 Entscheidungskämpfe

Urbach geg. Reglin

Kisch geg. Steurs

Varieté 8 Uhr

Ringkampf 9 „

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 7.30 Uhr: **Minna von Barnhelm** mit Else Heims, Berlin, als Gast in der Titelrolle

Mittwoch, 7.30 Uhr: **Unsere kleine Frau**

Donnerstag, 7.30 Uhr: **Carmen** (929

Freitag, 7.30 Uhr: **La Traviata**

Premieren-Abonnement

Die Abonnenten werden gebeten, die 2. Abonnementsrate gegen Vorlegung der Einlaßkarte bei der Theaterkasse einzuzahlen.

Trocadero

Täglich: (918

Stimmungskonzert

Anfang 8 Uhr abends.

A.S.B.

Arbeiter-Samariter-Kolonne

Lichtbilder-Vortrag

am Freitag, dem 23. Januar, abends 8 Uhr. (942

im Gewerkschaftshaus.

Dr. med. Siering spricht über:

Geschlechtsleben - Geschlechtsleiden

Eintritt 30 ₰

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Zeitung 20, ohne Zeitung 10 Goldpfg. (935

Lübecker Volksbote

Beilage — Dienstag, 20. Januar 1925 — Nummer 16

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. Januar.

Bürgerschaftsvorlagen.

Regulierung des Steinraderweges.

In der Versammlung vom 29. September 1924 hat die Bürgerschaft beschlossen, eine Eingabe von Anwohnern des Steinraderweges, betreffend Beseitigung der Mulde im Steinraderweg zwischen den Grundstücken Nr. 18 und 22, dem Senate zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Baubehörde, zur Aeußerung hierüber aufgefordert, hat folgendes berichtet:

„Die Verbesserung des Steinraderweges zwischen den Grundstücken Nr. 18 und Nr. 22 wird im Verkehrsinteresse empfohlen. Das Pflaster dieser tiefliegenden Strecke besteht aus alten Rundsteinen. Der südseitige einzige Fußweg ist schmal und hat einen nur 0,50 Meter breiten Klinkerbelag. Weil der Steinraderweg von beiden Seiten nach diesem Teil zu abfällt, sind dort die Entwässerungsverhältnisse, namentlich im Winter, mangelhaft. Zur Abstellung der verbesserungsbedürftigen Verhältnisse wird vorgeschlagen, die Straßenstrecke nach dem hierbei vorgelegten Plan des Oberbaurats Studemund vom 27. Oktober 1924 in der Höhe und Breite zu regulieren. Dabei soll die Straße an der tiefsten Stelle, an dem Schnittpunkte mit der geplanten Straße B d, um etwa 0,75 Meter angeschüttet werden. Die 5 Meter breite Fahrbahn soll Kopfsteinpflaster erhalten. Das nordseitige Bankett von etwa 4,25 Meter Breite wird ebenso, wie auf der westlich anschließenden Strecke in Fuß- und Radfahrweg geteilt. Als Abgrenzung zwischen beiden wird die im westlichen Teil vorhandene Baumreihe fortgesetzt. Der südseitige Fußweg erhält eine Breite von 2 Meter. Beide Fußwege werden mit 1,5 Meter breiten Klinkerbelägen versehen. Das hierzu erforderliche Klinkermaterial soll durch Einschränkung der Klinkerbeläge in den übrigen Strecken des Steinraderweges von 2 Meter auf 1,50 Meter gewonnen werden. Die Einfriedigungen und Eingänge der Grundstücke Nr. 21 bis Nr. 25 a und Nr. 18 werden der neuen Höhenlage angepaßt. Die Leitungen der Gas- und Wasserversorgung werden gleichzeitig höher gelegt und durch Setzen einer Laterne und zweier Feuerhähne ergänzt. Die Kosten der gesamten Arbeiten sind in dem gleichfalls hierbei vorgelegten Anschlag des Oberbaurats Studemund vom 13. November 1924, unter der Annahme, daß neue Kopfsteine verwendet werden, zu 14 000 Reichsmark berechnet. Es besteht aber die Möglichkeit, die erforderlichen Steine aus anderen Straßen zu gewinnen. In erster Linie kommt dafür die Hansastraße südwestlich des Töpferweges in Frage, deren 9 Meter breite Fahrbahn auf 6,40 Meter eingeschränkt werden kann. Die Ausführungskosten ermäßigen sich dann um 4600 Reichsmark auf 9400 Reichsmark."

Der Senat stimmt der Vorlage zu und fordert von der Bürgerschaft den Betrag von 9400 Reichsmark aus Abschnitt XIX des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924.

Lübecker Volkshochschule.

Heute finden statt: Prof. Schomburg: Jugendbewegung (Katharineum, Biologieklasse 6,30—8 Uhr). — Dr. Solmitz: Was ist Marxismus? (8 Uhr Lesehalle, Mengstraße 22, II, findet von heute an allwöchentlich statt, nicht vierzehntägig wie vorgesehen.) — Dr. König: Wie erhalte ich mein Kind gesund? (Säuglingspflege) Dienstag 8—9 Uhr im Katharineum, Biologieklasse. Kein Mädchen und keine Mutter, der das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, sollten diesen Kursus, der erst in zwei Jahren wiederkehrt, versäumen. — Am kommenden Donnerstag beginnt zum erstenmal Dr. Klaermann: Deutsches Volkslied (Katharineum). Die Vorträge von Dr. Timm (Donnerstags 8 Uhr) über psychologische Tagesfragen sind wegen großen Andranges in die Biologieklasse des Katharineums verlegt worden. Der Beginn der Vortrags-Deutsches Volkslied (Katharineum). Die Vorträge von Dir. Mannstaedt über Tristan und Isolde, der infolge eines unglücklichen Zwischenfalles ausfallen mußte, wird noch bekanntgegeben.

Ein modernes Zuchthaus.

Was Arbeiter sich bei der Firma Thiel u. Söhne alles gefallen lassen müssen.

Nachdem die Belegschaft ein ganzes Jahr lang ohne Betriebsrat gewesen ist, hat sie sich im Dezember vor. Jahres eine Betriebsvertretung geschaffen. Daß der Betriebsleitung bei ihrer bekannten „Arbeiterfreundlichkeit" dieses nicht gefallen hat, ist selbstverständlich und daher begreiflich, daß man der neugewählten Arbeitervertretung alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legt. Daß bei einer solchen Auffassung über die Rechte der Betriebsräte die Sitzungen außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, ist eigentlich selbstverständlich, denn niemand wird es der Firma zumuten können, daß sie etwa die Zeit der Betriebsratssitzung noch bezahlen sollte. Daß die Firma den Betriebsrat nicht gern in ihrem Betrieb steht, kann man vielleicht daraus ersehen, daß die Sitzungen in das Gewerbehaus, in den Bund der Arbeitgeber verlegt werden. Die Direktion braucht hierbei natürlich nicht vertreten zu sein, dazu hat man ja den Syndikus des Arbeitgeberbundes.

Der Betriebsrat beantragte nun, daß ihm eine Sprechstunde eingerichtet werde. Großzügig wie die Firma ist, hat sie diesen Wunsch berücksichtigt, d. h. außerhalb der Arbeitszeit, wenn niemand mehr im Betriebe ist. Wozu sollte es auch nötig sein, daß ein Arbeiter seine Beschwerden innerhalb der Arbeitszeit bei seinem Betriebsrat anbringen kann. Thiel u. Söhne denkt sich die Sache ganz anders. Es soll wieder so sein, wie es früher beim preußischen Kommiß war. Beschwerden sind zunächst an den direkten Vorgesetzten zu bringen; erst wenn hier keine Regelung erfolgt, darf sich auch der Betriebsrat damit befassen, selbstverständlich außerhalb der Arbeitszeit.

Daß Bekanntmachungen, die Arbeiterangelegenheiten betreffen, vom Betriebsrat gegengezeichnet werden, hält die Firma für völlig abwegig. Dafür hat man eben die Direktion, die durch Anschlag ihre Befehle bekanntgibt, das geht einem Arbeiterrat nichts an.

Aber großzügig ist die Firma doch. Die Belegschaft wollte am Sonntag eine Betriebsversammlung im Gewerkschaftshause abhalten, um einen Bericht über die Betriebsratssitzung entgegenzunehmen. Die Firma Thiel u. Söhne konnte es nicht verantworten, daß die Belegschaft in so minderwertigen Räumen, wie im Gewerkschaftshaus, ihre Sonntage verbringt. Sie mietete also die Stadthalle, ein Lokal, das sicherlich zehnmal soviel an Miete kostet wie der Saal des Gewerkschaftshauses. Oder sollte etwa die Nebenabsicht vorgelegen haben, den Arbeitern von vornherein den Besuch der Versammlung zu verekeln? Wenn es so ist, dann muß leider festgestellt werden, daß die Firma Erfolg damit hatte.

Wie die Arbeiter behandelt werden, dafür wurden Beispiele in der Versammlung angeführt:

Suchte da kürzlich ein Arbeiter die Toilette auf. Nach Ansicht des Meisters Leichsenring dauerte die Sache zu lange. Er suchte den Betreffenden persönlich auf und forderte ihn auf, einmal aufzustehen, **damit er sich davon überzeugen könne, ob er auch wirklich was gemacht hätte.** Des öfteren kommt es vor, daß Herr Strübing Leute auffordert, ihren Mund zu öffnen, damit er hineinriechen kann, ob sie auch Zigaretten geraucht haben. Daß die Toiletten der Frauen unter diesen Umständen von einem männlichen Angestellten inspiziert werden, sei nur noch der Vollständigkeit halber erwähnt.

Die Verdienste sind auch nur sehr bescheiden, **weil die Firma selbst mit großem Defizit arbeitet** und nur Aufträge hereinnimmt, um überhaupt noch Leute zu beschäftigen, so behauptet sie wenigstens. Ein Antreibersystem herrscht in dem Betriebe wie es vielleicht nirgends wieder zu finden ist, das geht so weit, daß man den Arbeitern verbietet, nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch in den Betriebspausen ihren Platz zu verlassen oder ein Wort mit ihrem Nebenmann zu wechseln. Mit Recht kann man den Betrieb als ein Zuchthaus bezeichnen. Aber letzten Endes liegt ja die Schuld bei den Arbeitern selbst, wenn derartige Zustände dort eingerissen sind. Sie haben es ja in der Hand, sich gegen diese Behandlungsweise zu wehren, wenn sie sich nur zusammenschließen würden in ihrer Organisation und den Herren, die heute das große Wort führen, einmal zeigen würden, daß sie es sind, die alle Werte schaffen, wenn sie ihnen einmal zeigen würden, daß sie Menschen sind und wie Menschen behandelt werden wollen. Darum kann ihnen kein anderer Rat gegeben werden, wenn sie überhaupt jemals eine Besserung erzielen wollen, als der, schließt Euch Eurer Organisation an und erkämpft Euch Euer Recht auch in diesem rückständigen Betriebe.

Götz.

Kauft vor 6 Uhr!

Gegen Mehlzölle und hohe Milchpreise.

Ein Liter Milch 22 Pfennige — in Dresden.

Die Mehl- und Brotpreise sind in ständigem Steigen begriffen. Das Brot wurde kürzlich teurer, ohne daß es manche Verbraucher bemerkten. Das Gewicht wurde nämlich um 50 Gramm herabgesetzt. Neue Preiserhöhungen sind in Sicht. Und dabei fordern die Mehllieferanten noch Zölle auf Mehl, wie die Agrarier auf Getreide. Um diesem Treiben entgegenzuwirken, haben der A. D. G. B., die Afa, der Deutsche Gewerkschaftsring, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund an die beteiligten Ministerien zwei Schreiben gerichtet, in denen sie sich **gegen die Einführung von Mehlzöllen** und für die **Herabsetzung der Milchpreise** einsetzen.

Dem Protest gegen die Mehlzölle liegt ein Rundschreiben des Vereins Deutscher Handelsmüller vom 12. Januar zugrunde, in dem aufgefordert wird, auf Abgeordnete der verschiedensten Parteien usw. einzuwirken und das Reichsernährungsministerium zu veranlassen, auf dem Wege der Verordnung Mehlzölle einzuführen. Angesichts der Tatsache, daß die Mehlpreise gegenwärtig immer noch ganz erheblich höher als vor dem Kriege sind, halten es die in Frage kommenden Gewerkschaftsbünde für ihre dringende Pflicht, **gegen die Einführung von Mehlzöllen entschieden Einspruch zu erheben.** Sie müssen das auch dann tun, wenn diese Einführung auf gesetzlichem Wege vor sich gehen sollte. Die Art jedoch, wie der genannte Verein diese Einführung erstrebt, muß, da sie durchaus ungesetzlich ist, erst recht abgelehnt werden. Gleichzeitig ergibt sich aus dem Vorgehen des genannten Vereins, daß man sich in seinen Kreisen darüber klar ist, einen Mehlzoll aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigen zu können. Er hat deshalb wohl keinen Mut, seine Forderung auf geradem und gesetzlichem Wege zu vertreten. Die Gewerkschaften betonen die Nichtberechtigung des Verlangens der Handelsmüller nach Mehlzöllen, die auch durch eine Gegenerklärung des genannten Vereins nicht behoben worden ist.

Soweit die Entwicklung der Milchpreise in Frage kommt, ergibt sich eine örtlich durchaus verschiedene Gestaltung der Preise. z. B. ist die Milch in Dresden auf **20 bezw. 19 Pfg.** je Liter mit einem Zuschlag von 2 Pfennigen für Lieferung frei Stelle ab 12. Januar herabgesetzt worden, während in anderen großen Städten, wie z. B. Berlin, der Milchpreis zurzeit noch immer 32 bis 35 Pfennige beträgt. Die angeführten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sind der Auffassung, daß bei einem tatkräftigen Eingreifen der in Frage kommenden Reichs- und Staatsbehörden es durchaus möglich sein müßte, auch für Preußen und andere Landesteile einen entsprechend ermäßigten Preis herbeizuführen.

Wie in Dresden, so wurde auch in Kiel eine Auseinandersetzung über die Zwischenhandelspreise gepflogen und eine Herabsetzung des Milchpreises durchgeführt. Der Milchhändlerverein von Kiel und Umgegend fordert die Konzessionierung des Milchkleinhandels. Wie vom Vorstand berichtet wurde, hat die Herabsetzung der Milchpreise eine erhebliche Steigerung des Umsatzes gebracht. Ein Versuch dieser Art, wir meinen eine Milchverbilligung, könnte auch in Lübeck nichts schaden.

Die Lebensmittel müssen teuer bleiben.

Eine Berichtigung der Handelskammer.

Unter obiger Stichmarke veröffentlichten wir am Freitag eine uns zugegangene Notiz und gaben einige Randbemerkungen dazu. Es war in der Notiz behauptet worden, die Handelskammer hätte Strafantrag bezw. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt, weil ein Händler Schwebcke Zucker um fast 10 Pfg. pro Pund billiger abgebe als andere Ladengeschäfte. Die Handelskammer berichtigt nun auf Grund des Preßgesetzes, daß sie sich mit der Angelegenheit überhaupt niemals beschäftigt hat. Im übrigen wird sich die Handelskammer des Falles annehmen zur restlosen Aufklärung der Angelegenheit und behält sich vor, gegebenenfalls später darauf zurückzukommen.

Es trifft also zu, daß sich die Handelskammer selbst nicht mit der Angelegenheit befaßt hatte. Die Anzeige ist vom Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine erstattet und war unterzeichnet mit Heickendorff und Dr. Schärffe. Dr. Schärffe ist unseres Wissens stellvertretender Syndikus der Handelskammer und daraus ergab sich die Schlußfolgerung unseres Gewährsmannes, die Handelskammer sei mit im Spiele.

Nun erhalten wir auch noch vom Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine eine große Beschwerdeschrift, in der bedauert wird, daß sich der Volksbote zu Anklagen gegen Berufsorganisationen hergebe, ohne deren Berechtigung nachzuprüfen. Der Verband habe die Handelskammer mit der Angelegenheit nicht beschäftigt. „Es handelt sich in vorliegendem Fall überhaupt nicht darum, den Preis für Zucker hochzuhalten — und der Volksbote bestätigt selbst, daß der in Lübeck zurzeit geltende Kleinhandelspreis für Zucker als normal zu bezeichnen ist — sondern darum, daß bei dem in Frage stehenden und in großen Partien angebotenen Zucker von 50 Sack und mehr die Möglichkeit besteht, und der sachverständige Handel muß es sogar aus stichhaltigen Gründen für wahrscheinlich halten, daß er nicht auf ordnungsmäßigem Wege in den Handel gelangt ist. Wenn daher die zuständigen Berufsorganisationen in ihren Bestrebungen zur Bekämpfung des Schieberhandels und zum Schutz der eigenen Mitglieder, denen dieser Zucker zu einem „verdächtig" niedrigen Preise angeboten wurde, eine Nachprüfung verlangt, so sollte man dieses nicht zum Gegenstande einer sensationellen Pressemitteilung machen . . . ."

Auf die weiteren Vorwürfe, wir würden event. der Edeka Schiebergeschäfte untergeschoben haben, wollen wir nicht eingehen. Ueber die ganze Angelegenheit kann man natürlich verschiedener Meinung sein und ihr auch verschiedene Motive unterlegen. Es hätte ebensogut sein können, daß die Edeka ein großes billiges Zuckerangebot angenommen hätte, um die Verbraucher mit billigem Zucker zu versehen oder um einen besonderen Gewinn einzustecken. Wer kann das wissen. Aber da die Edeka ausdrücklich betont, sie unterstütze nur den ehrbaren Handel, haben wir keine Ursache, etwas anderes anzunehmen. Das Gegenteil ist von uns auch nicht behauptet worden.

Vortrag über Wohnungsbau.

Am Mittwoch, dem 21. Januar, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Ernestinenschule ein öffentlicher Doppel-Vortrag der Herren Dr. ing. Wagner vom Verband sozialer Baubetriebe und W. Aktor statt. Insbesondere steht **die Finanzierung des Wohnungsbaus in Deutschland und Amerika** auf der Tagesordnung. Bei den großen Hoffnungen, die man hier in Deutschland auf amerikanische Darlehen, besonders für den Wohnungsbau, hegte, kann wohl darauf gerechnet werden, daß der Vortrag rege besucht wird. Handlet es sich doch darum, einmal reinen Wein von einem Kenner Ameritas eingeschenkt zu bekommen und überhaupt über die dortigen Verhältnisse unterrichtet zu werden.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

(Im Lesesaal zur Ansicht ausgelegt vom 19. bis 31. Januar.)

Abraham, P.: Das Radfahren. Lübeck 1924.
Baumgarten, O.: Bergpredigt und Kultur der Gegenwart. Tübingen 1921. (Religionsgeschichtl. Volksbücher. 6. Reihe, H. 10/12.)
Faraday, M.: Naturgeschichte einer Kerze. Leipzig 1920.
Fischer, H. W.: Arno Holz. Berlin (1924).
Neudeck, G.: Geschichte der Technik. Stuttgart, Heilbronn 1923.
Reinhart Fuchs. Hrsg. von Karl Reißenberger. 2. Aufl. Halle a. S. 1908.
Richter, Julius: Geschichte der Berliner Missionsgesellschaft 1824—1924. Berlin 1924.
Scheurlen, P.: Die Sekten der Gegenwart. 2. Aufl. Stuttgart 1921.
Schweden in Kultur und Wirtschaft. — Sveriges kulturella och ekonomiska liv. Frankfurt a. M. (1922). (Schwed. und Deutsch.) (Schriften des Frankfurter Messeamts H. 9.)
Walther, Carl: Das Staatshaupt in den Republiken. Breslau 1907. (Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht. H. 14.)

Der Wohlfahrtsscheckdienst. Die Nachfrage nach Wohlfahrtsschecks hat in der letzten Zeit wieder erfreulich zugenommen. Allerdings ist auch die Zahl der Bettler zurzeit wieder besonders groß. Bis zum Ende d. J. 1924 sind für Wohlfahrtsschecks insgesamt 2941 Mark eingenommen und 1584,15 Mark ausgegeben. Diese Summe ist, abgesehen von dem einmaligen Druck der Schecks restlos den bedürftigen Bettlern zugute gekommen. Die winterliche Not ist groß, daher kauft Wohlfahrtsschecks!

Der Verein zur Förderung der Geflügelzucht veranstaltet am Sonnabend und Sonntag dieser Woche die diesjährige große Lübecker Geflügelausstellung in den Stadthallen. Die Erfolge Lübecker Geflügelzüchter auf auswärtigen großen Schauen beweisen, daß die Geflügelzucht hier auf der Höhe ist. Es ist auch zu dieser Schau eine große Zahl von Geflügel gemeldet. Es ist also Gelegenheit gegeben, bestes Zuchtmaterial zu erwerben. Allen Geflügelfreunden sei der Besuch bestens empfohlen.

Das zweite Februarheft der „Gemeinde" enthält Aufsätze über „Kommunale Steuerfragen" von Bruno Asch, „Kommunale oder wirtschaftliche Selbstverwaltung für die Gemeinden als Arbeitgeber" von Dr. Vollbrecht-Berlin, „Geschäftskreis der örtlichen Verwaltungsorgane für das Volksschulwesen in Preußen" von L. Jost, „Das Werden einer neuen Großstadt" von Dr. Heuer-Altona, ferner Notizen aus der Gesetzgebung, Verwaltung und der Praxis einzelner Gemeinden.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** „Der kleine Bettelmusikant". Das Lieblingskind der amerikanischen Filmbesucher, Jackie Coogan, erobert sich nach und nach die ganze Welt. Man ist schon allgemein mit den feinsten Regungen seines Spieles vertraut. Mit seiner Anmut, seinen pfiffigen und lustigen Augen und auch mit seinem stechenden Blick. In dem laufenden Film ist Freude und Trauer zu gleichen Dosen gemischt. Zu Anfang lacht man viel, wenn Jackie Coogan sein Schweinchen Lieschen mit der Flasche aufzieht und es — während die Farm seiner Großeltern unter dem Hammer versteigert wird — in Sicherheit bringt. Später gibt es viele Tränen. Die Geschichte ist sehr rührend. Jackie ist der Sohn eines berühmten aus Italien stammenden Geigenvirtuosen. Als dieser einer Dame Unterricht gibt, verläßt die Mutter in einem Eifersuchtsanfall den Mann und geht mit ihrem Jungen zu ihren Eltern, alten Farmersleuten zurück. Dort stirbt sie. Die Alten müssen ins Armenhaus und Jackie geht mit seiner Geige in die Welt. In der Großstadt trifft er einen alten Italiener, der einst berühmt, zum Bettelmusikanten herabgesunken ist. Er schließt sich dem Alten an, haust mit ihm zusammen in einer Bodenkammer, kocht ihm Spaghetti und geht mit ihm fiedeln bis der Alte stirbt. Da trifft der Junge vor einem Konzertlokal einen berühmten Geigenkünstler, der den Jungen aufnimmt und sich schließlich als dessen Vater entpuppt. Nun hat alle Not ein Ende. Im Auto geht es zu den alten Großeltern. Sie werden aus dem Armenhause auf ihr einstiges Besitztum zurückgeführt. In aller Festesfreude jagt Jackie nach seinem „Lieschen," die er gerade mit einem Dutzend Jungen vorfindet. Alles lacht. Die Aufnahmen sind dem Photographen bestens geglückt. Der kleine Jackie ist ganz unbewußt ein großer Künstler. Aber auch der den alten Italiener spielende Darsteller bringt eine ganz hervorragende Interpretation seiner Rolle, im Leben wie im Tode, auf die Leinwand. Im vierten Akte ist als Einlage ein junger Lübecker Geiger, Herr Willy Gehrken, zu hören, der von Kapellmeister Schirmeisen am Flügel begleitet wird. Der zweite Hauptfilm „Black, der König der Hengste" führt uns in das Farmer- und Cowboyleben an der mexikanischen Grenze. Ein herrliches Pferd mit einscheinend fast menschlichem Verstand tritt in der Handlung mit einem der berühmten Cowboys in Wettbewerb, bis es die Ueberlegenheit des Menschen anerkennt und ihm, der ihm vor dem Feuertode bewahrt hatte, freiwillig folgt. Zuletzt wird der Hengst noch selber Lebensretter. Prächtige Naturaufnahmen, die uns sonst nie vor Augen kommen würden, machen diesen Pferdefilm zu einem besonderen Genuß. Außer der „Wochenschau" wird noch ein amerikanischer Grotesk-Trickfilm gezeigt. Felix, ein Kater, beiden Eskimos erlebt die seltsamsten Abenteuer, die alle Besucher in fröhlichste Heiterkeit versetzen.

Internationaler Meister-Ringer-Wettstreit im Hansa-Theater. Der gestrige Abend endete mit einem Unfall, der große Aufregung hervorrief. Der Kölner Urbach, der mit dem Finnen Warjak einen Entscheidungskampf auszufechten hatte, stürzte nach einer Kampfzeit von 40 Minuten, von Warjak durch einen Faustschlag auf den Kopf getroffen, besinnungslos zu Boden und mußte fortgeschafft werden. Warjak trägt an dem Vorfall viel weniger Schuld als Urbach, der den Riesen vorher wiederholt empfindlich gereizt hatte, so, wenn er beim Zusammengehen mit seinem Kopf Warjak über das Gesicht fuhr; außerdem hatte er seiner Gewohnheit nach kurz vor dem kritischen Fall mehrfach hart mit dem Kopfe Warjak vor die Stirn gestoßen. Wenn auch Warjaks Verstoß nicht entschuldigt werden soll, so muß gesagt werden, daß der Riese von Urbach schwer gereizt worden war, und daß er somit in der Aufregung unüberlegt handelte. Denn sonst ist Warjak ein harmlos gutmütiger Mensch, der seiner Fliege etwas zu Leide tut. An eine Fortsetzung des Kampfes war gestern Abend nicht zu denken, denn Urbach hat offenbar eine leichte Gehirnerschütterung erlitten, weil er Erbrechen bekam und erst nach zirka dreiviertel Stunden mit Hilfe von drei Samaritern zum Bewußtsein gelangte. Die vorangegangenen Kämpfe verliefen sehr spannend und zwar konnte Reglien nach 7 Min. 10 Sek. durch Ausheber mit Mühle einen prächtigen Sieg über den Dortmunder Meyerhans erringen. Der Kampf von Leskinowicz-Rußland mit dem Polen Kisch kam innerhalb zweier Gänge zu keinem Ergebnis. Heute kämpfen Buchheim gegen Meyerhans; Entscheidungskampf Reglien gegen Urbach; ferner findet der Entscheidungskampf Steurs gegen Kisch statt. Es sei noch erwähnt, daß der Kampfleiter gestern Abend die Mitteilung von der Meldung des berühmten holländischen Weltmeisters Marinus von Riel machte. Van Riel trifft von Amsterdam hier ein und will in die Endkämpfe, die mit dem heutigen Tage beginnen, noch eingreifen.

Im Zentral-Theater in der Johannisstraße läuft von heute an ein Farbenfilm, die Opfer des Harems betitelt. Die „Berliner Morgenzeitung" schreibt darüber: „Es ist ein Drama aus dem Orient, das uns mit bösen und guten Sultanen und bildschönen Prinzessinnen bekannt macht, das von der ganzen, farbenfreudigen Märchenpracht des Orients erfüllt ist. Berückende abenteuerliche Geschehnisse, die gestützt werden durch eine sehr gewandte Darstellung, durch sensationelle artistische Tricks und vor allem durch die unvergleichlich schöne Staffage. Die Photographie leistet Hervorragendes.

Vorort-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Sekretariat Johannisstr. 48. I. Telephon 2448.

Sprechstunden: 11—1 Uhr und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Asba (Arbeitsgemeinschaftliche sozialdemokratische Beamten und Angestellten). Freitag, 23. Februar, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses Versammlung. Genosse Dr. Leber spricht über die eingebrachten Beamtenanträge im neuen Reichstag und über die politische Lage. Die Versammlung ist äußerst wichtig. Erscheinen erforderlich. Gäste willkommen.

Achtung, Jungsozialisten! Heute, Dienstag, 8 Uhr im Heim, Schule Langer Lohberg, Beginn der Arbeitsgemeinschaft über das „Arbeiterprogramm". Um rege Beteiligung wird ersucht.

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Frauen. Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Versammlung. Genosse Göhr spricht über Gesundheitslehre.

Schönböcken. Mittwoch, den 21. Januar, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung in der Schule. Redner: Gen. Maintz.

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote".

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Am Mittwoch, dem 21. ds. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein Vortrag des Gen. John über die Genossenschaftsbewegung statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet

der Jugendleiter.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Howoods erfolgreicher Schwank „Unsere kleine Frau" findet Mittwoch die erste Wiederholung. Kommenden Sonntag kommt Verdis Oper „Der Troubadour" zur Aufführung.

Bezirkskonferenz der Provinz Lübeck.

b. Bahnhof Gleschendorf, 18. Januar.

Am Sonntag fand hier in Jalas Gasthof eine Bezirkskonferenz des 3. Unterbezirks Schleswig-Holstein für die Provinz Lübeck statt. Sie befaßte sich mit den letzten Wahlergebnissen, der Reichstags-, Landesausschuß- und Gemeinderatswahl. Referate hielten Genosse Brecour-Kiel über die praktische Arbeit in der Kommune und Parteisekretär Genosse Hansen über die Lehren der Wahlkämpfe. Die Konferenz war von bestem sozialdemokratischen Geiste erfüllt und verlief äußerst anregend. Besucht war die Konferenz von 8 Landesausschußmitgliedern und 7 Stellvertretern, 44 Gemeindevertretern und 10 Stellvertretern (33 Gemeindevertreter fehlten). Die Ortsvereinsvorstände waren mit Ausnahme von Ost-Ratekau alle vertreten.

Nach Begrüßung der Delegierten durch den Vorsitzenden, Genosse Heinrich Fick-Stockelsdorf, sprach Genosse Brecour über

Die praktische Arbeit in der Kommune.

Der Redner betonte u. a., daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Gemeindepolitik außerordentlich Wertvolles geleistet habe. Wir treiben in der Gemeinde keine Parteipolitik, sondern sozialdemokratische Kommunalpolitik nach bestimmten Grundsätzen und Richtlinien. Unsere Arbeit steht turmhoch über dem Bestreben der bürgerlichen Gruppen und Interessenpolitiker. Die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter muß so beschaffen sein, daß sie immer auf dem Wege zum sozialdemokratischen Programm liegt. Für alles und jedes kann man nicht im vornherein sich festlegen, dazu sind die Verhältnisse zu verschieden. Es ist natürlich zweierlei, ob Gemeindepolitik für eine Großstadt, Rentnerstadt, Badeort oder für eine Gemeinde vor den Toren einer Industriestadt getrieben wird. Es kommt natürlich auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde an. Denn wo nichts ist, kann auch ein sozialdemokratischer Gemeinderat nichts hervorzaubern. Die Kommunisten freilich sind gewissenlos genug, um das Blaue vom Himmel herunter zu sprechen. Wir dürfen bei allem nicht vergessen, daß die Gemeinden sozusagen die Kostgänger des Reiches sind, sie erhalten auf dem Umweg über die Länder ihren Steueranteil. Dabei sind das Rückgrat jeder Selbstverwaltung die Finanzen. Manche fordern wieder das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer, womit wieder die Ungerechtigkeit verbunden wäre, daß in den verschiedenen Gemeinden die Leute verschieden besteuert werden. Wo die Bürgerlichen die Mehrheit haben, werden sie die Real-, Grund- und Gebäudesteuern herabsetzen und die Zuschläge zur Einkommensteuer möglichst hochhalten, wodurch die Lohn- und Gehaltsempfänger wieder am schlimmsten betroffen werden. Denn den anderen und insbesondere den Landwirten ist das Einkommen nicht genau nachzurechnen. Die letzteren behaupten sogar, gar keines zu haben. Für die Landwirtschaft gibt es nur eine gerechte Steuer, der sie sich nicht entziehen kann: eine gestaffelte Steuer je nach der Größe und Güte des Bodens und nach dessen Ertrag. Das würde auch eine vernünftige Bewirtschaftung bedingen. Die Grund- und Gewerbesteuer sind in der Gemeinde notwendig, sie bilden eine Ergänzung für weite Kreise, die man bei der Einkommensteuer nicht voll fassen kann. Gewiß können wir auch auf indirekte Steuern, Hunde- und Vergnügungssteuern, nicht ganz verzichten. Wir müssen uns dabei immer fragen, ob es besser ist, daß wir kulturelle Aufgaben erfüllen und Steuern erheben, die scheinbar dem soz. Programm widersprechen.

Wichtig für jede Gemeinde ist recht viel Besitz von Grund und Boden. Davon darf nur im notwendigsten Fall etwas veräußert werden, aber nicht der Finanzknappheit oder eines günstigen Angebots wegen. Der Grundbesitz ist für die Gemeinde das beste Vermögensobjekt. Die Gemeinden benötigen das Land zu Wohn- und Siedlungszwecken und für billiges Pachtland an Minderbemittelte. Im weiteren behandelte Genosse Brecour die Wohnungsnot und die Schulpolitik. Er warnte vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft, die drei- bis vierfache Mieten bringen würde, ohne daß es der Privatwirtschaft gelingen würde, die Wohnungsnot zu beheben. Der gemeindliche Wohnungsbau müsse schon deshalb gefördert werden, weil er Arbeit bringe. In der Schulpolitik verbleibe den Gemeinden wenig. Schulspeisung, Unentgeltlichkeit der Lernmittel, schulärztliche Untersuchung seien erstrebenswerte Aufgaben der Gemeindevertreter. Unsere Genossen haben in dieser Beziehung vielfach gute bahnbrechende Arbeit geleistet. Es ist also nicht so, wie die Bürgerlichen glauben, daß sich die Tätigkeit der Gemeinden auf die Vermögensverwaltung zu beschränken habe. Das zeigt ja auch die Ueberleitung der Fürsorge vom Reich auf die Gemeinden. Die Mittel gab man ihnen freilich nicht dazu. Wenn dies geändert werden soll, dann müssen die Wähler dafür sorgen, daß das Reichsparlament anders zusammengesetzt wird. Der Armenfürsorge muß der Stachel der Wohltat genommen werden, sie muß von hohen Gesichtspunkten aus aufgebaut werden. In dieser Beziehung haben wir während und nach dem Kriege große Arbeit geleistet. Wenn die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht gewesen wären, würde manches unerledigt geblieben sein. Dasselbe ist bei den Erwerbslosen der Fall. Der Wege- und Straßenbau wird oft ein Eintreten unserer Parteigenossen verlangen. Die Bauern lassen nichts machen. Mancher Weg, der viel von Arbeitern und Schulkindern begangen wird, muß besser in Stand gesetzt werden.

Die Arbeit in den Gemeinden ist verantwortungsvoll und undankbar, sie wird leider auch von manchem unserer Genossen nicht immer gewürdigt. Die Gemeinden können aus Mangel an Mitteln nicht immer alle Wünsche erfüllen. Unsere Gemeindevertreter bedürfen der Mitwirkung der Parteipresse. Das allgemeine Wahlrecht muß ausgenutzt werden. So klein die einzelnen Dinge sind, sie müssen erfüllt werden und bilden zusammen ein Großes. Erfolg verspricht nur zähe, uneigennützige Arbeit, die im Interesse unserer Sache geleistet wird.

Ueber die Wahlkämpfe

referierte hierauf Parteisekretär Genosse Hansen. Er konnte bestätigen, daß im Bezirk recht gute Arbeit geleistet wurde, die auch von Erfolg begleitet war. Etwa 80 Versammlungen wurden abgehalten. In ganz Schleswig-Holstein haben wir unsere Stimmen um 24 Prozent aufgebessert, im Kreise Plön um 26, Oldenburg 36, im Landesteil Lübeck um 17 Prozent. Hier ist der Prozentsatz geringer, weil wir hier vorher am wenigsten Stimmen verloren hatten. Der Redner geht dann mit vergleichenden Zahlen auf die Reichstags- und Landesausschußwahl ein, bei welch letzteren wir das Ergebnis von 1921 übertroffen hätten. Nicht ganz befriedige das Ergebnis der Gemeinderatswahl, bei der auch mitunter persönliche Interessen mitsprechen. Bei der Bekanntgabe unserer Gemeindearbeit sei Bescheidenheit nicht immer angebracht, wir dürften ruhig das Geleistete in den Vordergrund stellen. Genosse Hansen ging dann noch auf die politischen Verhältnisse im Reiche näher ein und forderte zu kräftiger organisatorischer und Bildungsarbeit auf. Auch dieser Vortrag fand wie derjenige des Genossen Brecour lebhaften Beifall.

In der

Aussprache

wurde u. a. die Zusammenlegung der Reichstags- und Landesausschußwahl bemängelt. Das habe vielfach zu Irrtümern geführt. Dem wurde erwidert, daß die Sozialdemokratie im Landtag die Zusammenlegung der Landesausschuß- und Gemeinderatswahlen gefordert habe. Die bürgerlichen Landtagsabgeordneten hätten dies aber abgelehnt. Bemängelt wurde weiter die gemeinsame Liste von Kommunisten und Sozialdemokraten in Obernwohlde. — Genosse Lamprecht-Gronenberg ist über das Resultat der Gemeinderatswahl unbefriedigt. Allerdings hätten die Gegner mit Verleumdungen unserer Partei und persönlichen Verunglimpfungen nicht gespart. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter würden auch überall dort, wo sie in der Minderheit seien, ihren Mann stellen und früher Geschaffenes verteidigen. Der Redner kennzeichnete ferner das Verhalten eines Demokraten, der einem Deutschnationalen zum ersten Beigeordneten verholfen habe. Notwendig sei eine Beteiligung der Genossen an den öffentlichen Gemeinderatssitzungen. — Genosse Lüth-Seereth berichtete über die Verhältnisse in West-Ratekau, wo schwere Arbeit geleistet werden müsse. Mit der Kleinlandwirtschaft habe man schwer zu kämpfen. Zu bedauern sei, daß in Pansdorf weder zur Reichstags- noch zu den Landesausschußwahlen eine Versammlung abgehalten worden sei. Daher konnten die Bürgerlichen mit allen Mitteln arbeiten und das Blaue vom Himmel herunterlügen. Der Redner geht noch auf Steuerfragen ein, insbesondere auf die Steuer vom bebauten Grundbesitz, die die bürgerliche Mehrheit abgelehnt habe. West-Ratekau mit seinem guten Strandhinterland hätte 20 000 Mk. Einnahmen dadurch gehabt, mit denen der Wohnungsnot hätte gesteuert werden können. — Genosse Paetau-Schwartau stellt die Unterlassung der Pansdorfer Versammlung richtig. Die Ortsgruppe habe gar keine Reklame dafür gemacht. Die Referenten seien vergebens gekommen, da die Versammlung in Luschendorf angesetzt gewesen sei. — Genosse Hensel-Eutin fordert vor allem nötige Aufklärung über die Steuerverhältnisse der Gemeinden und des Landesausschusses. Die Bürgerlichen gingen nur in die Gemeindevertretungen, um sich gegen Belastungen zu wehren. Jeder sozialdemokratische Gemeindevertreter müsse über die Steuerverhältnisse orientiert sein. Genosse Wendorf-Timmendorf verspricht sich von einer Verschmelzung der drei Ortsvereine ein bedeutend besseres Arbeiten. — Genosse Hansen weist darauf hin, daß die Schlagkraft unserer Organisation an der Zuverlässigkeit der Vertrauenspersonen liege. Konzessionen an Nichtmitglieder dürften nicht gemacht werden. Entschiedenes Auftreten unserer Genossen fördere am besten unsere Sache. — Genosse Dreyer-Böbs wünscht herzhaftere Siedlungspolitik und gründliche Aufklärung über die Aufwertungsfrage, mit der die Rechtsparteien die Wahlerfolge bei vielen kleinen Leuten geholt hätten. Die Arbeit in der Gemeinde müsse durch praktische Erfahrung gelernt werden. Notwendige Gesetze seien vorhanden, man müsse sie nur anzuwenden wissen. Als Landswähler würden auch kleine Landwirte und Handwerker auf dem Lande in Betracht kommen, die bei uns Schutz suchten. Man müsse das Vertrauen in der Gemeinde haben, dann komme man auch weiter. — Genosse Werner-Malente bedauert, daß die Konferenz nicht stärker besetzt ist. Die Gemeindevertreter hätten aus den Vorträgen manch wichtiges gelernt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse würden es angebracht erscheinen lassen, Zusammenkünfte der Gemeindevertreter in engeren Bezirken zu veranstalten. — Genosse Wacker-Eutin spricht sich in ähnlichem Sinn aus und fordert zweimonatige Zusammenkünfte der einzelnen Arbeitsgemeinschaften. — Genosse Karl Fick-Stockelsdorf verweist darauf, daß die Behandlung des Siedlungsgesetzes nicht überall gleich sei. Unannehmlichkeiten würden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter immer haben, sie könnten so gut arbeiten wie sie wollten. So sei es auch mit der Mietzinssteuer. Sie mußte geschluckt werden, und da sei es nun auch Pflicht, sie in den Gemeinden im Interesse des Wohnungshaus durchzuführen. Die Steuer liege in der bereits erhobenen Miete. Von den 150 000 Mark, die aus dem Holzverkauf zum Wohnungsbau herausgeholt werden sollten, entfalle auf die einzelnen der 19 Gemeinden sehr wenig. Wir müßten die Solidarität mehr achten und verächtlichen Reden über unsere Genossen entgegentreten. — Genosse Ketelhohn-Schwartau erklärt, die Mietzinssteuer belaste auch die kleinen Hausbesitzer sehr schwer. Die Hausbesitzervereine wendeten alles auf, um die uns nahestehenden Hausbesitzer zu sich herüberzuziehen. — Genosse Wacker-Eutin sagt, die 10 Prozen der Mietzinssteuer fördere den Wohnungsbau nicht. Man habe uns den größten Teil abgemogelt, um andere Steuern abzubauen. Unsere Genossen müßten dafür eintreten, daß die Mietzinssteuer restlos für den Wohnungsbau verwandt werde. — Genosse Grabbert-Rensefeld betont, die Genossen in Rensefeld hätten seit neun Jahren die Mehrheit im Gemeinderat gehabt und alles ausgeschlachtet zum Nutzen der Bevölkerung. Er erinnere nur an die Lern- und Lehrmittelfreiheit, die Abgabe von Land, den Ausbau der Chausseen usw. Aber es scheine, daß man alles vergesse. Man vergesse auch, daß eine Mehrheit im Gemeinderat auch die volle Verantwortung für die Handlung bedinge. Das bringe für manchen Mißstimmung, die geschürt werde durch die verlogene kommunistische Agitation, die jede Verantwortung ablehne. Großmäulige Kommunisten müsse man in praktische Arbeit drängen. Die neue Steuerverordnung habe die Gemeinden berechtigt, das Sechsfache zur Grundsteuer zu erheben, auf das Geschrei der Bauern hin dürfte nur noch das Dreifache erhoben werden. Wenn man die großen Besitzer entlaste und die kleinen belaste, dann habe man allerdings keinen Grund, Zuschläge zur Mietzinssteuer zu erheben. Die Zuschläge könnten nur noch bis 31. März 1925 erhoben werden. Die Gelder müßten ausschließlich zu Bauzwecken verwandt werden. Der Redner kommt dann auf die Lostrennungsbestrebungen der Bauern zu sprechen. Der wahre Grund liege darin, daß sich die Bauern nicht von einer sozialdemokratischen Mehrheit regieren lassen wollten. — Karl Fick-Stockelsdorf: Wir im Landtag wollten unsere Volksgenossen mit der Mietzinssteuer nicht belasten, aber wenn keine anderen Mittel vorhanden sind, um z. B. die Wohlfahrtspflege weiterzuführen, dann bleibt nichts anderes übrig. — Genosse Ketelhohn-Schwartau kritisiert scharf, daß unsere Genossen in Schwartau einem Kommunisten zum Beigeordneten verholfen haben. Diese Leute schieben doch alle Schuld auf die Sozialdemokraten und arbeiten mit den schofelsten Mitteln gegen uns. — Genosse Lamprecht-Gronenberg fordert mehr Verbindung mit den Genossen, um alle heranzuziehen, die in der Gemeinde mitwirken wollen. — Genosse Künzel-Schwartau erläutert die Auswirkung der Mietzinssteuer, die zum Besten der Landwirtschaft ausschlage. So zahle er z. B. für einen Morgen Land 23 Pfennig, für sein kleines Häuschen aber über 40 Mark. — Genosse Sewe-Rensefeld betont u. a., daß der Ausfall der Wahl in Rensefeld zum Teil auf die trostlosen Zustände in der Inflationszeit zurückzuführen sei; man habe Unerfüllbares gefordert. Die Kommunisten müßten in Stellen gewählt werden, wo sie mit Phrasen nicht arbeiten können. — Genosse Grewe-Gleschendorf ist der Ansicht, daß man die Parteigenossen in denjenigen Ortsvereinen belassen sollte, wo sie sich am besten einfühlen. Genosse Wacker stellt fest, daß in Eutin keine Kommunisten vorhanden seien. Versuche der Kommunisten, die Erwerbslosen für sich zu gewinnen, seien durch tatkräftiges Eingreifen der Parteigenossen sofort unterbunden worden.

*

Im Schlußwort ging Genosse Hansen-Kiel auf die Ausführungen einzelner Debatteredner ein. Er betonte u. a., daß die bürgerlichen Gemeindevertreter in der Vertretung ihrer Interessen gewissenlos seien. Da wäre es sehr gut, wenn die Oeffentlichkeit der Sitzungen von unseren Genossen etwas mehr beachtet würde. In der Siedlungspolitik habe die Partei ganz richtig gehandelt. Im Aufwertungsproblem habe die Partei keinen Zweifel darüber gelassen und ausdrücklich betont, daß es nur im Zusammenhang mit der Aufbringung der Mittel gelöst werden könne. Aber da versagen die Rechtsparteien. Aufwertungsfragen seien Machtfragen. Mit Gemüsewerten sei in der Politik nichts anzufangen, die überlasse auch die Reaktion den Bibelforschern. An dem guten Wahlausgang habe hervorragend der Landarbeiterverband mitgewirkt, der erkannt habe, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Interessen der Landarbeiter am besten vertreten. Genosse Hansen ging dann noch auf die Politik der Kommunisten ein, die zu unehrlichem, demagogischem Handeln verpflichtet seien. Wer von der KPD. nur im Verdacht stehe, praktische Arbeit zu leisten, fliege aus der Partei.

Hierauf folgte eine Aussprache über

die Parteipresse.

Genosse Heinrich Fick-Stockelsdorf stellte fest, daß das Verhältnis der Parteigenossen und der sozialdemokratischen Wählerzahl mit der Verbreitung unserer Presse noch im Widerspruch stehe. Dieses Mißverhältnis müsse ausgeglichen werden. — Im gleichen Sinne äußerte sich Genosse Hansen. Wenn der kapitalistische Einfluß in der großen und kleinen Politik gebrochen werden soll, dann müsse unsere Parteipresse mehr als bisher verbreitet werden. Nur tägliche geistige Nahrung wappne die Genossen mit dem nötigen Rüstzeug und mache sie gegnerischen Einflüsterungen gegenüber stark. — Genosse Luikhardt-Lübeck erläuterte die praktische Seite der Agitation, die bereits in Eutin merkliche Früchte gezeitigt habe. Wenn es dem Landarbeiter heute auch schwer falle, den Abonnementspreis aufzubringen, so sei es doch möglich, dem Lübecker Volksboten weitere Verbreitung zu verschaffen. Eventuell sollen sich zwei Genossen zusammen eine Zeitung halten. Für die inhaltreiche Parteipresse müßten die Genossen ein kleines Opfer bringen. Ein kleines Lokalblatt sei niemals in der Lage, einen solch ausgedehnten Textteil zu bieten. — Genosse Wacker-Eutin konnte über erfreuliche Ergebnisse in der Zeitungsagitation berichten.

Der Presseagitation soll mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auch wurden die Genossen im Landgebiet gebeten, öfters über Gemeindeversammlungen und wichtige Vorkommnisse am Orte dem Lübecker Volksboten zu berichten.

Zum Schlusse gab Genosse Hansen noch Aufklärung über die Abrechnung der Ortsvereine. Für einen von Unglücksfällen schwer heimgesuchten Genossen aus Gleschendorf wurde eine Sammlung veranstaltet.

Von der Versammlung scharf gerügt wurde, daß mehrere Vertreter von Ortsvereinen ohne jede Entschuldigung die Konferenz vorzeitig verlassen hatten. In Zukunft werden die Namen dieser Genossen veröffentlicht.

Der Konferenzleiter, Genosse H. Fick, schloß um die sechste Abendstunde die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Angrenzende Gebiete.

Gr.-Grönau. Sozialdemokratischer Verein. In der Mitgliederversammlung am 17. Jan. hielt zunächst Genosse Knapp-Lübeck einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Der Redner erläuterte die Entwicklung der Kabinettsbildung und wies darauf hin, was von dieser ausgesprochenen Rechtsblockregierung

zu erwarten ist. Verschärfung der sozialen Kämpfe um die Arbeitszeit, der Preispolitik, der Steuerverteilung usw. werden die unausbleiblichen Folgen sein. Der Arbeit dieser Rechtsregierung müsse man mit dem größten Mißtrauen entgegensehen. Die erste Aufgabe der jetzigen Regierung wird ausarten in Brotwucher durch Hochschutzzoll auf Getreide, wie überhaupt wohl nur die Sonderinteressen der Agrarier auf Kosten der besitzlosen Verbrauchermassen Bevorzugung finden. Daher wird der Kampf auf der ganzen Linie gegen den Bürgerblock mit aller Schärfe geführt werden müssen. Es kann deshalb nicht genug darauf hingewiesen werden, daß das Proletariat sich zu einer einheitlichen, geschlossenen, willenstarken Front zusammenschließen muß, um sich solchen Bestrebungen entgegenstellen zu können. Bemerkenswert war in der Debatte folgendes: Vor der letzten Reichstagswahl, so erklärte ein Genosse, seien die Gemeindevorsteher verschiedener Güter an die Arbeiter mit der Aufforderung herangetreten, sich doch mehr Lohn geben zu lassen, die Gutsbesitzer würden dies „sehr gerne" tun. Tatsächlich wurde auf eine Forderung in einzelnen Gütern der Lohn um 3 Pfg. erhöht. **(Der Lohn der Deputatsleute beträgt 12 Pfg. pro Stunde.)** Aber, o Schreck, nach der Wahl zeigte sich, daß die Sozialdemokratische Partei einen sehr guten Erfolg gehabt hatte, und zwar hatte sie dort die meisten Stimmen. Was geschah? **Die 3 Pfg. wurden glatt wieder abgezogen!** Ein neuer Beweis dafür, wie mit dem Proletariat Schindluder getrieben wird. Genosse Knapp appellierte deshalb an die Versammlung, mit dazu beizutragen, die Partei und Gewerkschaften zu stärken, um erfolgreich solche Mißstände abzustellen.

Ratzeburg. Raubüberfall. Von drei Wegelagerern rücklings überfallen und niedergeschlagen wurde auf der Landstraße Ratzeburg-Trittau in dem Kreisforst Schöneberger Zuschlag ein Kaufmann aus Hamburg. Mit vorgehaltenem Revolver zwangen sie ihr Opfer, die gesamte Barschaft auszuhändigen. Mit der Beute verschwanden die Wegelagerer in der Forst. — Feuer. In früher Morgenstunde brach in dem Gemeindehaus in dem benachbarten Dorfe Buchholz ein Feuer aus, durch das das Gebäude bis auf die Grundmauern eingeäschert wurde. Wegen der weichen Bedachung des Hauses griff das Feuer so schnell um sich, daß nur ein Teil des Mobiliars gerettet werden konnte. Die Entstehungsursache des Brandes wird auf einen schadhaften Schornstein zurückgeführt.

Schwerin. Barmat-Hetze in Lande. Der Vossischen Zeitung wird aus Schwerin berichtet: Ein charakteristisches Beispiel für die Verlogenheit dieser Hetze, gerade in Mecklenburg, ist das folgende: Im Aufsichtsrat der Merkurbank sitzt neben vielen anderen auch der frühere mecklenburgische Staatsminister Freiherr v. Reibnitz. Obwohl keinerlei Tatsachen gegen ihn angeführt werden, wurde er von der Presse der Rechten flugs als Direktor und „Mitschieber" bei Barmat hingestellt, und so war wieder einmal ein „Beweisstück" für die „Korruption der schwarz-rot-goldenen Parteien" geschaffen. Bezeichnenderweise werden aber von derselben Presse mit keinem Ton die Angehörigen der Rechtsparteien aufgeführt, die irgendwie im Barmat-Konzern Aufsichtsratsstellen einnehmen. Um nach dieser Richtung einen kleinen Fingerzeig zu geben, sei nur erwähnt, daß der **rabiat deutschnationale Ministerialdirektor Geheimrat Ludewig in Neustrelitz ebenfalls im Aufsichtsrat eines Unternehmens des Barmat-Konzerns sitzt.** Es sei die Anfrage gestattet, ob auch dieser Herr als Beispiel für die Verrottung und die Kernfäule unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände aufgeführt werden soll? Oder ist vielleicht dieser deutschnationale Herr, von dem bekannt ist, daß er sich auf industrielle Angelegenheiten bestens versteht, das unschuldige Schäflein, das in einen Rudel Wölfe hineingeraten ist?

Altona. Im Stadtparlament wurde der Nachtragsetat, der 4,7 Millionen Mark Mehrforderungen enthält, gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Bemerkenswert ist, daß von den 4,7 Millionen Mark 2,2 Millionen auf die Erhöhung der Besoldungskosten, 1,5 Millionen auf Mehraufwendungen für Wohlfahrts- und gemeinnützige Zwecke kommen. Im Gesamtetat von 24 Millionen Mark sind nunmehr allein für Wohlfahrtsausgeben rund 4½ Millionen Mark enthalten.

Bremen. Aus dem Kommunistensumpf. Nachdem die kommunistische Bonzenclique Eppstein, Globig, Müller und Kranz die unbequeme Opposition um Deisen herum aus der Bremer KP. hinausgeworfen hat, hagelt es aus den Reihen der Mitglieder scharfe Proteste über die Auswüchse kommunistischer Bonzendiktatur. Um sich nun den Buckel vor diesen Prügeln freizuhalten, ziehen die KP.-Diktatoren in die Bremer Umgegend und lassen dort von völlig uninformierten Kommunisten gegen die Ausgeschlossenen Resolutionen annehmen. Müller, genannt Stuhlbeinmüller, ließ bereits vor einigen Tagen in einer Resolution der Hemelinger Kommunisten die Deisen usw. als „typische Kleinbürger" beschimpfen. Neuerdings ist ein anderer Bremer KP.-Bonze zu den Vegesacker Kommunisten hinausgefahren und hat diesen eine Resolution aufgehalst, in der Deisen wörtlich als „Helot und Moralfatzke" bezeichnet wird. Die geleimten Vegesacker Kommunisten konnten nicht wissen, daß der „Helot und Moralfatzke" Deisen jetzt noch an 12. Stelle auf der Bürgerschaftsliste der Bremer KP. steht und eventuell Aussicht hat, noch auf der kommunistischen Liste ins Parlament einzurücken! Wie tief ist eine Partei gesunken, die ihre jahrelangen Führer von heute auf morgen in so infamer Weise beschimpft, und wie wenig proletarisches Ehrgefühl müssen die kommunistischen Arbeiter im Leibe haben, die ihre Besten und ihre ehrlichsten Kämpfer von einer aus Berlin geschickten Bonzenclique so in den Schmutz ziehen lassen!

Vermischte Nachrichten.

Der Schaden von Herne. Nach den nunmehrigen Feststellungen beträgt der Gesamtschaden der Herner Eisenbahnkatastrophe 7½ Millionen Mark.

Schweres Autounglück. Ein schweres Autounglück ereignete sich am Sonntag abend am Sandershäuser Berg bei Kassel. Bei nebligem, ziemlich feuchten Wetter kam an einer ziemlich scharfen Kurve ein schwerer Personenwagen ins Gleiten und stürzte in voller Fahrt die steile sieben Meter hohe Böschung hinab. Der 27jährige Großkaufmann Haede aus Hannoversch-Münden wurde sofort getötet. Der Chauffeur erlag alsbald seinen schweren Verletzungen. Der Wagen wurde gänzlich zertrümmert.

Furchtbarer Raubmord in Wien. In Wien wurde am Sonnabend ein Raubmord ausgeführt. Die Kontoristin Berta Geißler wurde von ihrem Hause zu einer Firma am Karlsplatz geschickt, um dort einen Betrag von 30 Millionen Kronen einzukassieren. Im Hausflur begegnete ihr ein bekannter junger Mann. Nach einem Wortwechsel zog er einen Dolch, versetzte der Kontoristin einen Stich in den Hals, entriß ihr ihre Aktentasche mit dem einkassierten Betrage von 30 Millionen Kronen und ergriff die Flucht. Die Ueberfallene hatte noch die Kraft, auf die Gasse zu stürzen, wo sie in ihrem Blute zusammenbrach und von Passanten aufgefunden wurde. Sie starb kurz nach ihrer Ueberführung in das Spital. Von dem Raubmörder fehlt bis jetzt jede Spur.

Bau eines neuen Hafens in Helsingoer. Die Stadtverordnetenversammlung in Helsingoer nahm den Vorschlag des Magistrats zum Bau eines neuen Hafens in Helsingoer an, der etwa 10 Millionen Kronen kosten soll.

Verheerendes Winterwetter in Norwegen. In Nordschweden und Norwegen herrschte Ende der vorigen Woche ein verheerendes Winterwetter. Starke Schneestürme werden aus beiden Ländern gemeldet. Der Schnee liegt drei Meter hoch. Der Eisenbahnbetrieb wurde an mehreren Stellen eingestellt. Ebenso wurden die Telephonverbindungen unterbrochen. Eine Springflut richtete großen Schaden an.

Großes Schadenfeuer in Osaka. Nach Meldungen aus Tokio erfahren wir, daß in Osaka mehr als 300 Häuser eingeäschert worden sind. 50 Personen haben Brandwunden davongetragen, sind jedoch alle mit dem Leben davongekommen. Insgesamt sollen 1200 Personen obdachlos sein.

Theater und Musik.

Stadttheater: Carmen, Oper von Bizet.

Diese Carmen-Aufführung wird verwöhnte Hörer kaum befriedigt haben; anscheinend schnell herausgeworfen, gab sie sich ohne Temperament und Rasse, wie die Carmen ohne bestrickende Dämonie war. Gewiß beherrschte eine so feine und sichere Sängerin wie Fräulein Rönnau die Partie und traf Einzelnes recht gut (z. B. dort, wo sie schalkhafte Grazie spielen läßt) aber die Zigeunerin Carmen haben wir von der Künstlerin schon wirkungsvoller gesehen — vielleicht lähmte auch das beruhigende Mittelmaß dieser Aufführung. — Neben dem vortrefflichen Jose des Herrn Heimberg (der sogleich das Duett im ersten Akt sehr zu Dank sang) stand dann wieder ein mittelmäßiger Escamillo, der gesanglich geradezu enttäuschte. Die Damen Bruhn, Studt und Harder, die Herren Hartmann und Kopp sind mit Anerkennung zu nennen.

Beim Ballett des letzten Aktes war die reizvolle l'Arlesienne Musik von Bizet, das Beste.

Herrn Dr. Heins Regie brachte Verbesserungen gegen das Vorjahr; der Anfang des zweiten Aktes erstarrte in hilfloser Langeweile; da hätte Herr Boruvka durch farbiges Tempo helfen müssen, wenn auch Andantino quasi Allegretto da steht. Im übrigen gehörte die Kapellmeister-Leistung zu dem Erfreulichen des Abends.

Warum ist die erste Altistin des Ensembles, die wir recht wenig hören, für die Partie der Carmen nicht in Frage gekommen?

H.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die Wetterlage ist außerordentlich beständig. Ein Hochdruckgebiet mit zwei Kernen, von denen der eine mit 783 mm über der Nordsee, der andere mit etwa 782 mm über dem nordwestlichen Deutschland liegt, bedeckt das ganze mittlere und westliche Europa. Ueber Island ist eine neue, tiefe Depression erschienen, die aber nordostwärts abziehen dürfte und nur mit einem Ausläufer Schweden und später vielleicht die östliche Ostsee beeinflussen dürfte. Verbreitet traten auch heute Nebel- und Dunstbildungen auf.

Vorhersage für den 21. Januar.

Allmähliches Ueberleiten zu Winterkälte ist nunmehr in Aussicht. Zunächst noch ruhige Luft, allmählich Aufklaren und Temperaturabnahme, teilweise noch Nebel, trocken.

Schiffsnachrichten.

Angekommene Schiffe.

19. Januar 1925.

Deutsch. D. Bürgermeister Lafrenz, Kap. Hammer, von Burgstaken mit Stückgut in 3½ St. Schwed. D. Gefion, Kap. Elmen von Stockholm mit Stückgut in 2 Tg.

Abgegangene Schiffe.

19. Januar 1925.

Dän. S. Karla, Kap. Thomasson nach Kjöge mit Salz. Deutsch. S. Grato, Kap. Röbke nach Fredericia mit Salz. Schwed. D. Falken, Kap. Jörgensen nach Gothenburg mit Stückgut. Deutsch. Seeschl. D. Centaur, Kap. Schmidt im Schlepp mit Seeleichter Lloyd 167 nach Holtenau, leer.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 19. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse). Die festen Kurse, die die amerikanischen Terminbörsen meldeten, haben auch hier zu einer Erhöhung der Forderungen geführt und Benötigte müssen solche bewilligen. Das Geschäft war nicht umfangreich. Preise in Reichsmark für 1000 Kilo: Weizen 250—256, Roggen 244—256, Hafer 194—200 Mk., Gerste 240—280, Buchweizen 236—246 Mk. (ab inländischer Station, einschl. Vorpommern). Ausländ. Gerste 226—238 Mk., Mais 218—217 Mk. frei Kaiwaggon. Oelkuchen unverändert.

Heu und Stroh. Hamburg, 19. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, lose, auf 4,20 Mk., do. gepreßt auf 4,80 Mk.; Getreidestroh, gebündelt, auf 2,40 Mk. Getreidestroh, gepreßt, auf 2,50 Mk. Alle Preise verstehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Rundfunk-Programm.

Hamburger Rundfunk. — Welle 395.

Mittwoch, den 21. Januar.

7.25 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 7.30 Uhr vorm.: Die Norag am Morgen. a) Nachrichtenteil, b) Unterhaltungsteil. — 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. — 1.10 Uhr nachm.: Ibero-Auslandsfunk der Norag. — 1.20 Uhr nachm: Schulfunk. Balladen aus Niedersachsen. — 5.00 Uhr nachm.: Die Norag. — Hauptausgabe. a) Nachrichtenteil, b) Unterhaltungsteil. — 5.55 Uhr nachm.: Unterhaltungskonzert der Funkwerbung. Orchester der Funkwerbung. — 6.55 Uhr nachm.: Bremer Getreidenotierungen. — 6.00 Uhr nachm.: Ein Nachmittag im Volkston. — 6.45 Uhr abends: Haus-Bredow-Schule für Volkswissenschaft. Schule der Niederdeutschen: „Sitten und Gebräuche im Kreislauf des Jahres." Prof. Dr. Lauffer, Hamburg — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk für die Landwirtschaft. — Voraussage. — Barometerstand. — 8.00 Uhr abends: Symphonischer Volksabend. — 10.00 Uhr abends: Die Norag am Abend. — Frucht- und Gemüsemarkt. — Politik. — Kriminalfunk. — The News. — Sportfunk. — Tanzfunk.

Amtlicher Teil

Ueber den Nachlaß des in Lübeck verstorbenen Kapitäns a. D. Heinrich (genannt Henry) Carl Gustav **Kongsbak** ist die Nachlaßverwaltung angeordnet. Nachlaßverwalter: beeid. Bücherrevisor Wilhelm **Mebius** in Lübeck. (948

Lübeck, den 14. Januar 1925. **Das Amtsgericht.**

Konkurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Schuhwarenhändlers **Max Grien** in Lübeck, Klingenberg Nr. 5, wird heute, am 19. Januar 1925, nachmittags 1½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Niels Jensen in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 57, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet

am 13. Februar 1925, vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Februar 1925 **bei dem unterzeichneten Gerichte** anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 6. März 1925, vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. Februar 1925 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 19. Januar 1925. (949

Das Amtsgericht, Abt. 2.

Bekanntmachung

In Gemäßheit des Gesetzes vom 23. Juni 1922, die Körung der im Besitze von Privatpersonen befindlichen Zuchthengste betreffend, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die diesjährige Hengstkörung

am Mittwoch, 11. Februar 1925, vorm. 9 Uhr,

auf dem Hofplatz des Fuhrwerksbesitzers Joach. Barbs, Kreuzweg 5, hierselbst, stattfindet. Die Anmeldungen der anzukörenden Hengste haben bis zum 30. Januar d. J. auf einem im Geschäftszimmer der Landwirtschaftskammer Schmiedestraße erhältlichen Formular zu erfolgen. (952

Lübeck, den 20. Januar 1925.

Die Landwirtschaftskammer
für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.

Bekanntmachung.

Nach dem Gesetz betreffend die Förderung der Rindviehzucht vom 29. November 1909 dürfen zum Bedecken fremder Kühe und Starken nur Stiere verwendet werden, die durch die von der Landwirtschaftskammer eingesetzten Körkommission angekört worden sind. Zeit und Ort der Hauptkörung werden von der Landwirtschaftskammer noch bekannt gegeben.

Die Stierbesitzer haben ihre Stiere bis spätestens zum 1. Februar 1925 bei den Vorsitzenden der Körkommission schriftlich anzumelden und zwar schwarzbunte Stiere bei dem Hofner **Fr. Jul. Jaacks in Dissau b. Kuran** und rotbunte Stiere bei Herrn **Rich. Beckelhoff, Lübeck, Schmiedestraße 23.** Vordrucke für die Anmeldung sind von der Landwirtschaftskammer, den Vorsitzenden der Körkommission, sowie von den Gemeindevorstehern in den lübeckischen Landgemeinden zu beziehen. Die Vordrucke sind genau und wahrheitsgetreu auszufüllen und mit Datum und Unterschrift zu versehen.

Zugleich mit der Anmeldung ist ein Abstammungsnachweis vorzulegen.

Lübeck, den 20. Januar 1925. 963

Die Landwirtschaftskammer
für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck

Nichtamtlicher Teil

Anfertigung v. Maskenkost. u. Konfirmandenkld. von 4 Mk. an. (934 Wien, Kronsf. Allee 33a, II

Achtung! 951
Pelzfellzurichterei
Alle Felle werden zugerichtet (gegerbt), Pelzsachen angefertigt, alte verblichene Lederhüte neu gefärbt. Werkstelle: **Paulstraße 18,** Eingang Schlosserei u. Fahrrad-Reparatur. **Wohnung: Burgfeld, Baracke 29/60**

1 n. Damenrad, 1 gebr. Herrenrad billig zu verk. L. Danielsen, Paulstr. 18. (982)

922 **1 Schneider-Maschine** (fast neu), billig abzug. Schlutup, Lübecker Str. 27

Gep. Kinderklappstuhl billig zu verk. (930 Kottwitzstr. 25, II.

914

Kolosseum

Morgen Mittwoch **Gr. Loll** Ballmusik: Das verstärkte **Richard-Wagner-Orchester**
Kassenöffnung 6½ Uhr Inh.: H. Reck

Die Stimme der Jugend

Beilage zum Lübecker Volksboten

Du bist noch jung . . .

Du bist noch jung! Aus deinen Augen sprühen
Die bunten Strahlen junger Lebenslust.
Die Rosen deiner Jugend blühen,
Die Sterne deiner Sehnsucht glühen
Und Pläne sprengen deine Brust.

Du bist noch jung, doch deine Adlerschwingen
Band schon das Schicksal an den Pflock der Fron.
Wenn Sonnenkinder fröhlich singen,
In Wald und Feld wie Rehe springen,
Werkst du im Schweiß für kargen Lohn.

Du bist noch jung, doch schon im Lenze reifen
Zur Frucht die Blüten deiner Manneskraft,
Wenn rauh des Daseins Stürme pfeifen,
Lehrt dich die Not, das Schwert zu schleifen,
Das freie Bahn den Schwachen schafft!

Du bist noch jung! Dir wird die Welt zu eigen,
Wenn deine Jugend sich nicht selbst verträumt.
Du mußt den Berg der Welt ersteigen
Und stolz dein Feuerherz ihr zeigen,
Darin das Blut der Freiheit schäumt.

Victor Kalinowski.

Politik und Jugendbewegung.

Von Karl Dörr.

Die deutsche Jugendbewegung darf sich nicht außerhalb des politischen Lebens stellen, sondern sie muß endlich den Inhalt ihrer Bewegung mit politischen Aufgaben und Zielen erfüllen. So notwendig die Abkehr der Jugendbewegung von der Mechanisierung des Lebens war und noch ist, und so wichtig die Auffindung eines gemeinsamen Lebensstiles und -gefühles durch die Jugend für die Entmechanisierung des Lebens war, so wenig erfüllt aber diese Jugendbewegung ihre historische Aufgabe durch konsequente Abkehr von der politischen Lebensgestaltung. In die Geschichte unserer Zeit gräbt sich die Jugendbewegung nur dann als historisches Phänomen ein, wenn sie ein positives Verhältnis zu den politischen Fragen der Gegenwart einnimmt. Eine bewußte politische Einstellung verlangt man heute von der Jugendbewegung, und die Zeit des romantischen Schwärmens und nur Betonens menschlicher Lebenswerte muß vorbei sein. Die Abwendung von der politischen Organisation ist nur ein Ausdruck der Schwäche; man will weder als Persönlichkeit in die Disziplin einer Partei eingespannt sein, noch will man sich nicht von den häßlichen Attributen des Parteilebens beeinflussen lassen. So richtig die Auffassung der Jugend über das Unschöne des Parteihaders sein mag, so unrichtig ist aber auch der aus dieser Erkenntnis gezogene Schluß, daß die sich frei entfaltende Persönlichkeit des Jugendlichen außerhalb des politischen Organisationslebens stehen darf. Eine politische Bewegung bedarf zu ihrer weiteren Entwicklung jugendlicher Elemente; das frische, pulsierende Blut der Jugend muß durch den Organisationskörper einer politischen Partei gehen, wenn überhaupt die zukünftigen Aufgaben dieser Bewegung erfüllt werden sollen. Die politischen Aufgaben einer Zeit werden nicht nur erfüllt und gelöst von den Alten, von der älteren Generation, sondern sie verlangen auch die Mithilfe der jüngeren, der kommenden Generation. Zum Wesen des jugendlichen Menschen gehört notwendig die politische Regsamkeit und der Wille zur politischen Gestaltung, und die Selbstausschaltung aus dem politischen Leben bedeutet die Verringerung bedeutsamer Einflußmöglichkeiten.

Die Jugend betrachtet sich mit Recht nicht mehr als Uebergang vom Kinde zum Manne oder zur Frau, sondern sie hat auch ihre feste Daseinsformen erkannt und daraus eine Ordnung ihres Lebens gebildet. Feste und fließende Daseinsformen verteilen sich auf alle Altersschichten, und auch der erwachsene Mann oder die erwachsene Frau muß in das Greisenalter hineinwachsen; alle Altersschichten sind nur Epochen des Lebens, Uebergänge zu einer neuen Daseinsform. Die Jugend steht natürlich nicht außerhalb der Wandlung des Lebens, sondern sie wechselt auch hinüber in neue Formen und neue Lebensgestaltung. Aber das Bedeutsame der Jugendbewegung liegt gerade in der Erkennung der für die Jugend permanenten Daseinsformen, und in der Prägung bestimmter Lebensformen für den jugendlichen Menschen. Aus dem jungen Menschen muß aber die Erkenntnis wachsen, daß er nicht immer jugendlicher Mensch sein kann, sondern zum Manne oder zum Weibe geformt wird, und deren Daseinsbedingungen anderswertig sind als die des jungen Menschen. Aus der Wertkennung des Jugendlichen ergibt sich nicht nur die Formung eines neuen, der Jugend angeschmiegten Lebensstils, sondern es kommt durch die neue Lebensart der Jugend zur Bildung einer Lebensgesinnung, die tief eindringen muß in die Gemeinschaft der Menschen. Die Gesinnung der Jugend muß alle Lebenskreise der Menschen durchfluten und das Verhalten aller Menschen auf eine bestimmte sittliche Durchschnittslinie bringen. Das politische Verhalten der Menschen unterliegt auch den Forderungen dieser sittlichen Lebensgesinnung, und die Jugend muß schon um ihrer sittlichen Aufgabe willen in die Parteien hineingehen, um sich hier ein bedeutsames Betätigungsfeld zu erschließen. Die Jugend erkennt aber die Notwendigkeit gerade dieser Aufgabe nicht an, weil sie nicht die Kraft in sich spürt, sittlich umwälzend innerhalb dieses Betätigungskreises zu wirken. Die Jugend hat weder die Aufgabe, eine neue Partei zu gründen, noch soll sie harmonisierend auf die Klassengegensätze einwirken, sondern diese Jugend soll Kraftquell einer sittlichen Lebensgestaltung sein, um bestimmend auf das allgemein menschliche Verhalten und besonders auf das politische Verhalten einzuwirken. Es gibt keine allgemeine, überbündische Politik der Jugend; die vorhandenen politischen Auffassungen werden von der Jugend aufgegriffen und einigermaßen dem jugendlichen Temperament angepaßt.

Das unpolitische Verhalten der bürgerlichen Jugend entspringt dem Gefühl der Feigheit; die eigenen Grundsätze werden nicht für so stark eingeschätzt, daß man mit ihnen in den sogenannten „charakterverderbenden politischen Kampf" eintreten könnte. Die Schmutzigkeit des tagespolitischen Kampfes verdirbt den edlen Charakter, und die Kleinarbeit in den Organisationen hemmt den Flügelschlag einer kühnen Seele. Erbärmliche Entschuldigungsgründe sucht man zusammen, um sich vor der politischen positiven Arbeit in den politischen Organisationen zu drücken; wo könnte in der heutigen, politisch aufgewühlten Zeit ein stichhaltiger Grund aufzufinden sein, um die Jugend vor der verantwortungsbewußten Mitarbeit in der Gestaltung des politischen Lebens zurückzuhalten. Neue politische Ideen bringt die Jugend ja nicht hervor, also muß sie schon ein Bekenntnis zu den vorhandenen politischen Zeitideen ablegen, und die Anerkennung einer politischen Partei als die Trägerin einer bestimmten, abgegrenzten politischen Zeitidee und eines politischen Interessenkomplexes muß auch die Mitarbeit an dieser Partei zur Folge haben. Die romantisierende Jugend, die nur Weltschmerzen ausdenken und wunderschöne Worte für ihr Gemeinschaftsleben finden kann, hat noch keine Einfühlung in diese chaotische und gärende Zeit gefunden, um aus sich heraus den Willen zur Klärung, zur Bändigung dieser bewegten Gegenwart zu formen.

Gerade aus der Jugendbewegung sollen die politischen Kräfte herauswachsen, die zukünftig an der Meisterung des politischen Lebens mitarbeiten müssen, und die gegenwärtige Einfügung in das politische Räderwerk würde für die kommende Arbeit eine bedeutende Erleichterung sein. Solange noch Parteien um die politische Macht kämpfen, muß auch die Jugend noch ein parteipolitisches Bekenntnis ablegen; die Jugend muß sich zu einer der bestehenden Parteien bekennen, wenn sie nicht den schweren und berechtigten Vorwurf der Halbheit und Feigheit hinnehmen will. Die Jugend muß den Mut zu einer Entscheidung haben, sie muß sich zu dieser oder jener politischen Richtung hinneigen, um den Beweis eines politischen Bekenntniswillens zu erbringen.

Die Aufgabe der Jugend in den Parteien kann natürlich nicht nur sittlich bereinigend sein, obwohl es schon eine der wertvollsten Aufgaben wäre, eine sittliche Lebensgesinnung innerhalb der Parteien auszustrahlen. Um diesen Einfluß in den Parteien zu gewinnen, gehört eine kraftvollere Jugendgeneration als die gegenwärtig weltschmerzausbrütende Jugend. Persönlichkeitsausbildung ist nicht Selbstzweck der Jugendbildung, sondern die Persönlichkeit soll in einem bestimmten Aufgabenkreis wirken und Einfluß gewinnen. In das politische Leben gehören gerade solche ausgeprägten Persönlichkeiten hinein, um das gewünschte Niveau zu erreichen. Statt kräftig das Steuer eines Parteischiffleins in die Hand zu nehmen, stellt sich diese Jugend nörgelnd zur Seite und überläßt doch den immer „bekritisierten" Alten die wertvollsten politischen Instanzen. Wir als Jugend stehen den Alten nur negierend gegenüber, auch als Jugend können wir unserer Zeit keinen neuen politischen Inhalt geben, sondern übernehmen wieder von der älteren Generation neue politische Einsichten. Schaffen aber wir aus uns heraus keine neuen politischen Einstellungen, dann müssen wir uns zu den politischen Einsichten und Einstellungen der Alten bekennen, um positiv mitzuarbeiten an der Verwirklichung erkannter neuer politischer Ziele. Im politischen Leben steht man oft vor den schwerwiegendsten politischen Entscheidungen, und die Jugend weiß selten sich zu einer bestimmten politischen Auffassung zu bekennen, weil ihr die Kenntnis der politischen Zusammenhänge fehlt. Die Jugend muß sich mit politischen Fragen beschäftigen, sie muß in die großen Zusammenhänge des politischen Lebens hineinschauen können, um dann bestimmenden Einfluß auf bedeutsame Entscheidungen ausüben zu können. Diese Entscheidungen werden aber nur durch Parteien gefällt, und wenn die Jugend mitentscheiden will, dann muß sie den Weg zur Partei finden, gleichgültig ob das politische Parteigetriebe der empfindlichen Seele des Jugendlichen widerstrebt oder nicht. Spürt die Jugend Kraft genug, um den Einflüssen der Parteimaschinerie zu entgehen, und diese Kraft muß sie aus ihrem Gemeinschaftsleben schöpfen, wenn in der Jugend nicht nur schöne Worte gewechselt werden sollen, dann hat sie ihre Aufgabe auch in den Parteien zu erfüllen. Jugendbewegung, Politik und Partei waren bisher ausschließbare Begriffe gewesen, sie müssen aber durch die Jugend selbst in ihrem Zusammenhange erfaßt werden, um praktische politische Arbeit als Jugend in den Parteien zu ermöglichen.

Avalun.

Von Otto Schröder-Wendling.

Du liegst nicht hinter gold'nen Wolkensäumen,
die unsere Sehnsucht locken, nachzufliegen.
Und auch den Wogen bist du nicht entstiegen,
die sagenhaft um deine Ufer schäumen.

Nicht in des Weltalls unbegrenzten Räumen,
wo sich die Sterne still im Reigen wiegen,
liegst du, — nur in uns selber kannst du liegen,
Land Avalun, von dem die Dichter träumen.

Bist du das letzte, weitverwehte Tönen,
Aus einer Welt, der wir es schwer entwöhnen,
Aus einer Welt, von der wir schlafend kamen?

Bist du das erste, leise Morgenwehen,
Aus einer Welt, in die wir kämpfend gehen,
Und noch bisher nichts fanden als den Namen?

Gruß an die englischen Quäker.

Von Arnim T. Wegner.

In diesem Jahre sind drei Jahrhunderte seit der Gründung der Quäker durch George Fox vergangen.

Die Insel eurer Freundschaft liegt hinter mir. Noch einmal, gute Freunde, lausche ich aus der Stille unserer Wälder zu euch hinüber. Noch einmal empfinde ich das große Gefühl, da ich im Dunkel zuerst die englische Küste betrat und milde Feuchte mir von den nebligen Wiesen entgegenwehte. Wie kam es, nach den Reisen durch so viele Länder, daß ich so spät zum erstenmal diese nahe Küste berührt? Noch einmal denke ich an die Stunde, da ich in dem gleichen Dunkel Abschied nahm und schon die süße Reife des Herbstes aus der feuchten Scholle zu atmen schien. Ein langer Wunsch ging in Erfüllung: Ich bin mit euch durch die Luft und die Trümmer eurer Städte gegangen. Ich habe mit euch an einem Tische gesessen, in eurer Kammern geschlafen. London, die Wölfin, riß mich an ihre Brust. Aber unbekümmert ging ich durch das Gatter ihrer tödlichen Zähne; denn über meinem Haupte fühlte ich die Hand eurer Gastlichkeit. Ihr räumtet mir euer Haus, eure Bettstatt ein, nicht wie einem Gast, nein, wie einem Sohn und Bruder. An den Feuern eurer Kantine habe ich die frierenden Füße gewärmt, den bernsteinfarbenen Tee getrunken. Ich bin der Freund eurer Hunde und Katzen geworden. Ihr wart selber arm und gabt noch von eurem Reichtum.

Der Sturm aus der Seele eures Volkes hat mich erschüttert, als ich mit euch verloren unter Zehntausenden saß und die Masse in den Rängen sich über uns auftürmte wie die Erdwände eines Kraters. Auf euren Versammlungen an den menschenstampfenden Straßen von London, im Nebel von Glasgow und Edinburgh, in den schwarzen Backsteingassen von Sheffield habe ich mich mit euch in den Streit der Worte und Gedanken geworfen, mit euch auf stillen Zusammenkünften und den spitzen Turmdächern des alten Landschlosses von Heigh-Leigh, in der Dämmerung gebogener Fenster Einkehr gehalten, wenn minutenlang um uns das Schweigen war und ihr Zwiesprache hieltet mit dem Göttlichen. Aber die Stirn habe ich nicht mit euch auf das Tischtuch eurer Gebete gebeugt — ach, ich liebe es noch, dem Erhabenen stolz in das Antlitz zu schauen! Eure Füße haben mich durch die neblige Heide begleitet, wo auf beekenumsäumten Hügeln, glitzernd von Tau, das Vieh lag, durch neblige Gassen altertümlicher Städte, in die spitzgewölbten Tore hundertjähriger Kathedralen, deren Türme in Wolken wohnen und wo auf den schmalen Scheiben der Fenster ein ewiger Frühling blüht. In den Burghöfen des alten St.-Johns-College in Cambridge, dessen Mauern in dunklem Rot leuchten, wie das vom Herbst gefärbte Weinlaub, habe ich mit euch lesend, rauchend und meditierend vor dem flakkernden Feuer über Büchern gesessen. Fern in einem Winkel Schottlands sangt ihr voll rührender Einfalt mir deutsche Lieder vor. In einer Versammlung geschah es, daß aus eurer Mitte mir die Gestalt eines blinden Greises nahte und tastete nach mir, die Hand des deutschen Freundes zu fühlen.

Ich denke zurück und kaum gelingt es mir, all eure Namen zu nennen, eure Gesichter zu unterscheiden. Aber ich sehe noch einmal den Glanz eurer Stirnen wieder, ihr wunderlichen Männer und Frauen, viele, viele zwischen den Köpfen einer lauschenden Menge, hastig gedrückte Hände auf Korridoren, im Gewühl des Bahnhofs, und ein Lächeln, das mir von einem greisen Gesicht zufällt, wie die letzte Blüte eines sterbenden Baumes. Wie kam es nur, daß eure Hand mich zuweilen berührte, mich, den ihr niemals gesehen, zärtlich, als wolltet ihr mich um Vergebung bitten für eine Tat, die ihr niemals getan. Die ihr mit waffenlosen reinen Händen im Gefängnis saßet und durch die Tapferkeit eurer Güte noch eure Wächter und Henker entwaffnet habt. Was war es nur, was mich in eurer Mitte so sehr bewegte? War es das einsame, von Nebel verhängte Land, über dem die Trauer des Regens hing? War es die Gewalt eurer mächtigen schwarzen, von dem düsteren Götzen der Maschinen durchbebten Städte? War es die Güte und die Sanftheit eurer Worte, die Gastlichkeit eurer Häuser, das Neue und Ungewohnte, das mich umgab? O, meine Brüder, ich denke, es war die Liebe! Und ist sie nicht am schönsten dort, wo sie sich über den Völkern erhebt zu jener kleinen aber engen Gemeinschaft über den Staaten, die sich zu den Aermsten hinabbeugt, den Hungernden und Verirrten in den Ländern? Denn Gott ist das Gute in uns. Und soll eure Tat leichter wiegen, weil auch ihr von einem Gewitter der Finsternis umgeben seid wie wir? Ist es nicht schön, für Stunden die Augen zu schließen, nur das Säuseln des Windes zu hören, der durch die Blätter geht und nicht zu glauben, daß fern hinter Wolken noch immer der Stern steht, finster, blutdürstig und voll Rachegedanken?

Noch einmal lausche ich nach dem Brausen eurer meerumbrandeten Insel hinüber. Und seid nicht auch ihr eine Insel? Wird nicht einmal die Stunde kommen, da dieses schmale Eiland sich vom Grunde des Meeres löst, um wie ein Schiff heimliche Botschaft an die Küsten aller Länder zu tragen? Versöhnung!? Wir wissen es nicht. Wir zweifeln. Aber niemals können wir verzweifeln, solange Menschen auf der Erde da sind wie ihr.

Zu schwach die Fülle der Achtung und Freude über euch auszuschütten, die ihr verdient, sende ich euch diesen Gruß des Dankes. Sende die Erinnerung zu Gast bei euch, bis zu der Stunde, da auch ihr herüberkommt, an unserem Herde zu wohnen, bis zu der Stunde, da aus dem Herzen des Nächsten in dieser oder jener Stadt Europas, unter dieser oder jener Maske der Nationen und Rassen mir der gleiche Atem der Gemeinschaft entgegenschlägt. Denn ihr seid das Salz und die Hefe der Erde, die in den Teig der Völker geworfen, das Brot schaffen, von dem die Seelen der Zukunft leben.

Dank euch bis zur Stunde der Selbstvergeltung alles Guten! Freunde seid gegrüßt!

Das Reichsbanner und die Jugendbewegung.

Unter dieser Ueberschrift schildert uns der Kamerad Ahrenholdt in der letzten Jugendstimme das Verhältnis der Jugendbewegung zum Reichsbanner. Der Kamerad Ahrenholdt schreibt da, das Gros der Jugendgruppen stelle nicht die Jugendbewegung. Das ist ganz logisch, denn in der Jugendbewegung ist doch nur ein Bruchteil der jungen Arbeiter und Angestellten organisiert. Wir wollen doch die gesamte Jugend republikanisch erziehen helfen. Der Jugendbewegler sieht alles durch die Brille der Jugendbewegung, sagt der Kamerad Ahrenholdt, und mit Recht. Wir haben es ja erlebt, daß es einige gab aus der Jugendbewegung, welche sich diesem oder jenem nicht anpassen konnten oder wollten. Schließlich haben sie es aber doch eingesehen. Wir wollen hoffen, daß auch diejenigen der Jugendbewegung, die jetzt noch abseits von uns stehen, bald anderer Ansicht werden. Um nun aber in den Jugendgruppen des Reichsbanners den republikanischen Gedanken zu fördern und zu festigen, denn in der A.-J. und J. S. V. wird dieser Punkt wenig berührt, schlage ich vor, Vorträge republikanischer Art in den Jugendgruppen zu veranstalten. Insbesondere die Reichsverfassung in Vorträgen zu behandeln und anschließend zu diskutieren, müßte unser aller Wille sein. Nur so können wir uns dem republikanischen Geiste näher bringen.

H. Müller.

„Politik verdirbt den Charakter"

Fünf Glossen von Felix Fechenbach.

„Politik verdirbt den Charakter", sagen die Spießer, denn das Gedeihen ihres Bauches ist ihnen wichtiger, als die Sorge um die Gemeinschaft.

„Politik verdirbt den Charakter", sagen die Regierlinge der Mächtigen, weil ihre Macht gestärkt wird durch die Gleichgültigkeit der Menge.

„Politik verdirbt den Charakter", sagen die Schwachen und Haltlosen, denn die Politik bringt ihre Schwächen in Versuchung.

„Politik verdirbt den Charakter", sagen die Gedankenlosen und wissen nicht, daß der Charakter die Politik verdirbt, wenn ein verdorbener Charakter Politik macht.

„Politik offenbart den Charakter," sagen die Wissenden, denn an einer ehrlichen Politik erkennt man den geraden Charakter.